

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 13. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das heilige Eigenthum.

Das „Privateigenthum“ ist, wie uns seit einem halben Jahrhundert jede Woche tausendmal gesagt wird, die Grundlage der menschlichen Gesellschaft und das Hauptbollwerk der Zivilisation, das gegen die Angriffe der Sozialdemokraten vertheidigt werden muß, wenn nicht die Kulturerrungenschaften der vergangenen Jahrtausende zerstört werden sollen.

Was dieses „heilige“ Eigenthum in Wirklichkeit ist — wohl gemerkt wir Sozialisten haben es nur mit dem Privateigenthum an Arbeitsmitteln zu thun — das zeigt sich jetzt in dem Hamburger Streit.

Dieser Streit hatte bis zum Ende der vorigen Woche, nach einer mäßigen Schätzung, einen direkten Schaden im Betrage von Tausenden von Millionen Mark angerichtet, und einen indirekten — durch Störung der Handels- und Kreditverhältnisse — zum mindesten fünffachen Betrag. Und dabei sind die 6 bis 7 Millionen Mark nicht gerechnet, welche den Hafenarbeitern an Löhnen verloren gegangen sind.

Wer ist für diesen ungeheuren Schaden und für das ungeheure Elend dieses Streites verantwortlich? Für sieben Achtel desselben die Hamburger Rheder und das „heilige“ Eigenthum.

Wir sagen für sieben Achtel, weil der Streit, der jetzt acht Wochen lang dauert, die letzten sieben Wochen lang einzig durch die Schuld der Rheder besteht, die das von ihren eigenen Klaffengenossen angebotene Schiedsgericht vor 7 Wochen frivol ablehnten.

Kein Zweifel: für allen Schaden, alles Elend, das innerhalb der letzten sieben Wochen aus dem Hamburger Streit erwachsen ist, sind ausschließlich die Hamburger Schiffsrheder verantwortlich. Und die Motive ihres Handelns waren und sind rein persönllicher Natur — Gewinnsucht und Herrschsucht.

Wenn jemand an der Landstraße einen Baum beschädigt, so wird er zur Verantwortung gezogen — und von Rechts wegen.

Und hier sind ein paar Duzend Privatindividuen, die ihren Kopf gegen die Gesamtheit setzen, ihre Interessen und Launen dem öffentlichen Besten überordnen, und Millionennal größeren Schaden verursachen, als ein Baumfrevler. Sie aber gehen frei aus, niemand fällt ihnen in den Arm — und die Staatsmacht, sonst so stramm und so fest, beugt sich vor ihnen.

Warum? Zene paar Duzend Privatindividuen vertreten das „heilige Eigenthum“. Und Eigenthum ist nach der berichtigten, jedoch richtigen lateinischen Formel: jus utendi et abutendi — das Recht des Gebrauchs und des Mißbrauchs.

Die Hamburger Rheder sind vom Standpunkte des „heiligen“ Eigenthums in ihrem Recht; sie machen rechtmäßigen Gebrauch von ihrem Rechte des Mißbrauchs.

Wenn es ihnen gefällt, können sie den Hamburger Handel vollends vernichten — wie jener englische Lord seine Kohlengruben „ersäufte“, weil der von „seinen“ Arbeitern geforderte Lohn ihm zu hoch erschien.

So ist das „heilige“ Eigenthum beschaffen, die Grundlage, auf der nicht die menschliche, aber die bürgerliche Gesellschaft beruht; und unter den vielen werthvollen Lehren, die der Hamburger Streit uns gegeben hat, ist die werthvollste die, daß er jedem Denkfähigen die Gemein schädlichkeit des kapitalistischen Privateigenthums enthüllt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 12. Januar 1897.

Aus dem Reichstage. Wenn vor den Ferien das Haus regelmäßig beschlußunfähig war, so war es heute nach den Ferien, gelinde ausgedrückt, schwach befeht. Und doch begann heute die Etatsdebatte mit der Position: Gehalt des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern. Dieser Etatsposten giebt, wie kein zweiter, den Parteien Gelegenheit, ihre Beschwerden und Wünsche zur Reichsgesetzgebung und deren Handhabung vorzubringen, und besonders kann bei dieser Gelegenheit das gesammte Gebiet der Sozialpolitik angerührt werden. Trotz alledem aber hat es kaum ein halbes hundert Abgeordnete für nothwendig gehalten im Hause zu erscheinen.

Von den Anwesenden aber trugen unsere Abgeordneten hauptsächlich die Kosten der Debatte. Während der Sozialpolitiker des Zentrums, Herr Hise, heute womöglich noch mehr lila färbte, als man es von diesem Herrn sonst gewöhnt ist, und nachdem für den Freisinn Dr. Schneider eine ganz energische und nichts weniger als mancherlei Rede gehalten hatte, nahm Genosse Fischer das Wort, um in einer trefflichen, mit reichem sachlichen Material unterstützten Rede sich über das Institut der Gewerbeinspektion zu äußern. Nach einer eingehenden Kritik der aus den Berichten selbst sich ergebenden Uebelstände, formulierte der Redner die Forderungen der Partei in bezug auf die Gewerbeinspektion wie folgt: Umwandlung der Gewerbeinspektion in Reichsbehörde, Vermehrung der Beamten und Einführung weiblicher Inspektoren, Ausdehnung der Ueberwachung auf die Hausindustrie. Die Handhabung der Sonntagsruhe

seitens der Unternehmer, und speziell der Mülhereibesitzer, geißelte Genosse Wurm, wobei er nicht veräuerte, auf die theilweise skandalöse Ausbeutung der Mülhburschen einige Streiflichter zu werfen.

In späterer Stunde ergriff dann noch unser Genosse Möller (Waldburg) das Wort, um in sehr eingehender Weise sich über die Verhältnisse der Bergarbeiter im Anschluß an die Berichte der Berginspektoren auszusprechen.

Nach Möller's Rede wurde die Sitzung auf morgen Mittag 1 Uhr vertagt. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete heute die zweite Beratung des Lehrlingsbesoldungs-Gesetzes. Von Wichtigkeit ist nur die Debatte über den § 27, der von den Leistungen des Staates handelt. Die Kommission hat, der Regierungsvorlage entsprechend, die Bestimmung getroffen, daß denjenigen Gemeinden, denen nach diesem Gesetze geringere Zahlungen aus der Staatskasse zu leisten sind, als ihnen bisher zustehen, der Ausfall aus der Staatskasse durch Gewährung eines dauernden Zuschusses insoweit ersetzt werden soll, wie dieser Ausfall den Betrag von 2 pCt. der veranlagten Gemeindebesteuerung vom Einkommen übersteigt. Für Berlin würde sich hiernach folgendes Verhältniß ergeben: Das Veranlagungs-Soll der Staatseinkommen-Steuer für 1896/97 betrug 20 469 189 M., der Ausfall durch die Bestimmungen dieses Gesetzes 904 920 M., also 4,4 pCt. der Einkommensteuer. Wird der Ausfall auf 2 pCt. der Einkommensteuer beschränkt, so hat Berlin von dieser Summe noch 409 884 M. zu decken, während die übrigen bleibenden 495 586 M. aus der Staatskasse gedeckt würden. In ähnlicher Weise würden andere größere Städte benachtheiligt werden, während das platte Land den Vortheil hätte.

Um der Schädigung der großen Städte entgegenzutreten, beantragten die Nationalliberalen, den ganzen Ausfall aus der Staatskasse zu decken, was dem Staate etwa 1 800 000 M. Mehrkosten verursachen würde. Diesem Antrage widersetzten sich die Konservativen, das Zentrum und Finanzminister Miquel. Letzterer mußte allerdings zugestehen, daß finanzielle Bedenken gegen den Antrag vorliegen, und daß nur das Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit die Regierung zu ihrer Stellungnahme veranlasse, da durch die Steuerreform des Jahres 1888/89 die Städte dem Lande gegenüber begünstigt seien. Man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß Herr Miquel nur deshalb gegen den Antrag sprach, um sich die Gunst der Agrarier nicht zu vercherzen, denen diese „Veranbarung der großen Städte“ helle Freude bereitet. Natürlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt, was die Nationalliberalen in gewohnter Wandelmüdigkeit nicht abhielt, bei der Abstimmung über die Kommissionsfassung selbst dieser Benachtheiligung der Städte, die sie eben noch aufs heftigste bekämpft hatten, zuzustimmen.

Zum Schluß wurde noch die von der Kommission vorgeschlagene Resolution angenommen, durch welche die Regierung ersucht wird, dem Landtage baldmöglichst ein allgemeines, auf christlicher und konfessioneller Grundlage beruhendes Volksschulgesetz vorzulegen. Morgen steht die zweite Lesung des Schuldenillegations-Gesetzes auf der Tagesordnung.

Die „Edelsten und Besten“. Die das „liberale Bürgerthum sich heute vor Entrüstung aufbäumt, ob der Annahmen des Junkerthums, daß sich als zur Herrschaft berufen betrachten, den Staat gleichsam als sein Fideikommiß beansprucht, seine Standeshere über die Gebote des Staates, der Moral und Religion hin stellt und je bankrotter und verläßlicher es ist, umso mehr verlangt, daß auch die Staatsfinanzen ihm zur Verfügung gestellt werden, so schwer wird es uns doch, an die Echtheit dieser Entrüstung zu glauben, oder auch nur anzunehmen, daß dieselbe andauern wird, wenn die Regierung sich nicht einschüchtern läßt und dem „ehramen Kaufmann“ nur seine Faust zeigt. Derselbe „ehrsame Kaufmann“, der trotzig selbst seine Börse preisgiebt, so lange er ebenso gut außerhalb derselben seine Geschäfte machen kann, wird schnell zu Kreuze ziehen, wenn die Regierung den leistung Versuch macht, ihm das Spiel in seinen „freien Vereinigungen“ zu verderben. Wer kann es auch den „Edelsten und Besten“ verargen, wenn sie sich als solche fühlen, hatten doch die „besten“ Bürger keinen höheren Stolz, als wenn ein Adelsdiplom sie auch zu den „Edelsten und Besten“ erhob. Zu ihnen gehört nicht bloß Herr v. Weichroder, zu ihnen gehört auch Herr v. Helmholz, Herr Werner v. Siemens und viele andere unserer jüngsten Barone, die ihren neugeborenen Adel mit demselben Stolz tragen, wie irgend ein Puttkamer, Hammerstein oder Calenberg, obwohl sie des Adels recht gut hätten entbehren können. Aber wie hoch auch ihr persönliches Verdienst war und wie hoch auch ihre bürgerlich erworbenen Millionen waren, sie waren nicht befriedigt, so lange sie nicht auf ihr Verdienst oder ihrem Verdienst ein adeliges Wappen sehen konnten. Was Wunder, wenn der geborene Junker immer mehr zu der Ueberzeugung kam, daß er etwas Besseres und mehrwerthiges sei, als der angesehenste und verdienstvollste Mann aus der bürgerlichen Kanaille. Die Berufung der Bourgeoisie auf den Bürgerthum und die Bürgerthum, und gerade wo es sich um die Börse handelt, hat einen ebenso verdächtigen Klang, als wenn die Straßendirne sich auf ihre jungfräuliche Ehre beruft.

Frankreich ist doch noch nicht ganz russisch geworden. Unter der studirenden Jugend, die ja leider auch jenseits der Vogesen vom bürgerlichen Geschäfts- und Bedientengeist angesteckt ist, hat das bestialische Vorgehen der russischen Regierung gegen die Studenten eine zornige Empörung hervorgerufen. Die sozialistischen Studenten der Universität Montpellier haben gegen die russischen Grenel folgenden Protest gerichtet, den sie zur Veröffentlichung an den „Vorwärts“ gesandt haben:

Protest der französischen sozialistischen Studenten von Montpellier. Infolge der bekannten Vorkommnisse in Rußland an den Universitäten zu Moskau, Kiew und Charkow sind mehr denn tausend Studenten verhaftet worden. Die größte Mehrzahl ist von der Universität ausgeschlossen, eine Anzahl ist nach Sibirien verbannt und mehrere sind sogar zum Tode verurtheilt. Angesichts solcher Verbrechen, begangen durch die Regierung des Zaren gegen die studirende Jugend Rußlands, senden die

sozialistischen Studenten von Montpellier, angeleitet von der Bedientenhaftigkeit unserer Regierung und von der Feigheit einer korrupten Bourgeoisie, — ihren russischen Kameraden über die Grenze hinaus die Versicherung der vollsten Sympathie und Solidarität.

Sie wissen sich eins mit ihnen in dem Kampf gegen den Jazismus und senden ihnen die besten Wünsche zur baldigen Befreiung des russischen Volkes.

Mögen alle diejenigen, die sich in mitten dieser allgemeinen Versumpfung noch einigermassen Gefühl für Unabhängigkeit und Gerechtigkeit erhalten haben, mit uns protestieren, gegen die brutale Unterdrückung, welche die russischen Gewaltthäter sich jeden Tag zu schulden kommen lassen.

Hoch das freie Rußland! Hoch die internationale Sozialdemokratie! Für die Gruppe der sozialistischen Studenten von Montpellier und im Auftrag: J. M. Philippou, G. Carratier, E. Soubeiran, Olivier.

Deutsches Reich.

Nationalliberale Unzufriedenheit. Angesichts der Inhaftierung des Redakteurs der „Frankf. Ztg.“, Alexander Gieseler, und der Hausdurchsuchung bei der „Voss. Ztg.“ schreibt die „Köln. Ztg.“: Diese Art der Presseverfolgung sei im Interesse der Staatsregierung lebhaft zu beklagen. Das Blatt bezweifelt, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe von solchem Vorgehen Kenntniß habe; denn es sei bekannt, daß gerade Fürst Hohenlohe ein Gegner verärgertiger Kampfmittel sei. Das Blatt bittet den Reichskanzler, über die Einzelheiten dieses Vorgehens sich von den Fachministern Vortrag halten zu lassen, weil gerade solche Fälle im Zusammenhang mit politischen Uebergriffen in Sachen der Sonntagruhe geeignet seien, auf den ganzen politischen Charakter des Gesamtministeriums ein ungünstiges Licht zu werfen.

An den Ernst nationalliberaler Opposition glaubt kein ernsthafter Mann. Die Kölnische wird auch zum neuesten Preßkurse zulezt Ja und Amen sagen. Nationalliberale Mannesgeelen waren es, die dem Fürsten Bismarck zu Liebe den Beschluß des Reichstags, betr. Aufhebung des Zeugnißzwanges der Presse aushuben. Viel zu spät kommt die Neue, niemand glaubt an ihren Ernst.

Ueber das Vereinsrecht hielt Professor Sohm in Leipzig einen Vortrag, dessen Ausführungen folgenbermaßen schließen: Auch in der Reichsgesetzgebung haben wir allerdings Zeiten des Polizeistaates gehabt: Die Tage des Sozialistengesetzes. Sein Sinn war, alle sozialdemokratischen Vereine zu unterdrücken. Das war derselbe Fehler, wie man ihn der katholischen Kirche gegenüber machte. Man sah nicht, daß eine mächtige Arbeiterbewegung mit Naturgewalt aufgetreten war, gegenwärtig zwar in sozialdemokratischer Gestalt; aber das waren ja nur die Kinderkriecher der Arbeiterbewegung. Jeder Angriff, den der Staat an eine geistige Bewegung unternimmt, wird nur im stände sein, die Bewegung zu kräftigen. Das haben der Kulturkampf und das Sozialistengesetz gezeigt.

Aber abgesehen von dieser polizeistaatlichen Verirrung, sehen wir das Deutsche Reich auf den Wegen des Rechtsstaates einhergehen: Wahlvereine sind den gewöhnlichen Bestimmungen entbunden, Koalitionsfreiheit der Gewerbeordnung. Diesen Geist athmet auch der neue Entwurf des Reichstages: er giebt wirkliche Vereinsfreiheit.

Dies ist ein ungefähres Bild der bestehenden Gesetze. Es überwiegen bis jetzt die Schattenseiten. Es kommt aber darauf an, daß die Ideen des Rechtsstaates durch die moderne Gesetzgebung durchgeföhrt werden; wir sehen, daß diese Ideen jetzt im Siege begriffen sind!

Professorenoptimismus! Weiß Professor Sohm nicht, daß der Entwurf des Reichstages Entwurf geblieben ist, daß ein durchaus reaktionärer Bundesrath auf absehbare Zeiten Beschlüsse des Reichstages, die auf Verbeisführung der Vereinsfreiheit hincielen, illusorisch machen wird? Und woher nimmt er das Vertrauen zum Reichstage, daß dieser stets zur Vereinsfreiheit stehen wird? Wir stehen im Reiche auch noch stark im Polizeistaate, den Professor Sohm bloß noch in der Vereinsgesetzgebung der Partikularstaaten als herrschend anerkennt.

Ein Artikel Eduard v. Hartmann's, der an der Sozialdemokratie kein gutes Haar läßt, macht gegenwärtig die Runde durch die Blätter, die Bildung und Weisheit vertreten. Wenn eine Sache schon so alt ist, daß sie jedem zum Halse herauswächst, dann kommt gewöhnlich noch ein „Philosoph“, ein deutscher Philosoph, und laut sie noch einmal durch von A bis Z, aber gründlich. So geht es auch mit der Prophezeiung: die deutsche Sozialdemokratie wird zerfallen, muß zerfallen, schon in nächster Zeit. Bald sind es ihre bisherigen Anhänger, über die endlich die Enttäuschung und Erkenntniß kommt, die ihr denaraus machen, dann die Schlechtigkeit und der Egoismus der Führer, zum dritten die Gewerkschaften. Jeder dieser Gründe und Ursachen wurde schon von Hinz und Kunz angeführt, die Sozialdemokratie besteht noch immer. Jetzt stand die Sache schlimm, es mußte ein Triarier kommen, und endlich fand sich dieser in Eduard von Hartmann, dem Philosophen. Eigentlich wunderte es uns schon lange, warum diese Feder, die doch sonst dreispurig sich über alles mögliche äußert, noch nicht nach diesem seltenen Brocken gepickt. Nun, das Versäumte ist jetzt nachgeholt, in einer Weise nachgeholt, daß sich schier alle früheren Lästler vertheidigen können. Herr Stamm wird seinen Philosophen loben, damit ist die Sache erledigt. Die Sozialdemokratie aber lacht über solche Erbfeindschaft. Sie lebt und wächst und wird leben, wenn die Philosophie des Unbewußten schon lange bewußt zu den Todten gelegt worden ist.

Der Marx-Läbter ist nun endlich gesunden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt in einem ihrer bekannten konfusien Artikel, der diesmal „Zur Umkehr der Wissenschaft“ überschrieben ist:

Der Redakteur der „Badischen Landpost“ (ein sicherer Herr Röder) stellt sich als ein Mann dar, der erkannt hat, daß es sich nicht darum handelt, an dem Marx'schen Mantel herumzunuckeln, sondern der ganzen revolutionären Theorie, die in Karl Marx ihren Propheten und freitbaren Vorkämpfer gefunden, für immer ein Ende zu machen.

Wie tief die „Nordd. Allg. Ztg.“ von der Wissenschaft denkt und wie wenig selbst ein Herr Röder auf das Lob der

„Nordb. Allg. Ztg.“ folgt sein kann, geht aus der folgenden Stelle des gleichen Artikels hervor:

„Wilhelm Moscher hielt der Staatsverwaltung gegenüber auch die gelindeste volkswirtschaftliche Opposition für unangebracht. Wenn die königlich sächsische Regierung eine strittige Frage der Volkswirtschaftspflege praktisch in anderem Sinne entschieden, als Professor Moscher in seinem Lehrbuch angerechnet hatte, so konnte man sicher sein, daß in der nächsten Ausgabe des Kompendiums die betreffende Stelle im Sinne der Verwaltung abgeändert war.“

Ferner wird in dem Nachwort von „naturrechtlich-anarchistischen Grundlagen der Volkswirtschaftslehre“ und zwar dieser Wissenschaft auf sich ganz abgesehen von den vielfachen sich auf's schwerste bekämpfenden Richtungen in derselben gesprochen.

Und Leute, denen jeder Schimmer nationalökonomischen Verständnisses abgeht, reden großspurig von dem Ende der Theorie eines Karl Marx.

Armer Röder! —

Breslau, 12. Januar. Eine gestern unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Hülshof stattgehabte Konferenz, an welcher auch mehrere Ministerialkommissare teilnahmen, erörterte die Frage der Kornlagerhäuser für die Provinz Schlesien. Die Konferenz kam, wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, zu dem Ergebnis, daß ein Versuch mit der Anlegung nicht zu großer Lagerhäuser an geeigneten kleineren Orten der Provinz zu empfehlen sei, nicht aber die Anlage großer Lagerhäuser an Zentralknoten.

— **Agrarischer Boykott.** Wir haben oft genug betont, daß der Boykott kein spezifisch sozialdemokratisches Kampfmittel ist, daß er ebenso von anderen Parteien, wenn es ihnen eben paßt, angewandt wird. Natürlich wenden ihn nur Parteien an, die im Kampfe stehen und eine Organisation ihrer Parteigänger besitzen. Dies gilt in Deutschland freilich bloß von einer kleinen Anzahl von Parteien, so außer unserer Partei von den Agrariern. Diese entschlössen sich zwar weidlich über Boykotts der Sozialdemokraten, verschämten aber die Anwendung dieses Kampfmittels selbst nicht.

So hat der landwirtschaftliche Verein zu Bärwalde im Kreise Münsterberg, wie dem „Berl. Tageblatt“ geschrieben wird, folgenden Aufsehen erregenden Beschluß gefaßt:

„Da von mehreren Mitgliedern darüber gefaßt wird, daß Herr Brauerbesitzer Kirchner in Münsterberg gesunde und gut geeerntete Gerste von Ausfuhrbesitzern nicht kauft, sondern seinen Bedarf aus dem Auslande deckt, so erklärt die Versammlung einstimmig, Kirchner-Bier bis auf weiteres nicht zu trinken.“

Rösa, 10. Januar. (Fig. Ber.) Den hiesigen Offizieren ist (wie wir schon kurz gemeldet hatten, Red.) der Besuch der beiden großen Karnevalsgesellschaften, wo sie häufige und gern gesehene Gäste waren, verboten worden. Und das hat mit seinem Sabel der Preiswirth getan! Einige der Redner hatten der glorreichen That des Felden gedacht und dadurch das befallentlich sehr empfindliche „Gefühl“ der Herren Offiziere gekränkt. Indessen haben die Präsidenten der beiden Gesellschaften alles ausgeboten, um die Empfindsamkeit zu versöhnen; be- und wehmüthig haben sie um Zurücknahme des Verbotes gebeten und für die Zukunft strenge Kontrolle der Karnevalsbreden in Aussicht gestellt. Nichts soll mehr vorkommen, was auch nur den Schein erwecken könnte, als ob die Herren zur schändlichen Menge derer gehörten, an denen sich der Karnevalswirk ergehen darf. Welch ein Zeichen von Mannesmut und Bürgerfinn!

Karlruhe, 12. Januar. Der badische Landtag ist heute durch den Staatsminister Rodt eröffnet worden. Als einzige Vorlage steht die Umwandlung der 4prozentigen Anleihe in eine 3prozentige auf der Tagesordnung.

England.

London, 12. Januar. „Daily Chronicle“ veröffentlicht den Wortlaut des englisch-amerikanischen Schiedsgerichts-Vertrages, der am 11. d. M. in Washington unterzeichnet wurde. Die Hauptbestimmungen desselben sind die folgenden: Geldforderungen, soweit sie nicht den Betrag von 100 000 Pfund Sterling überschreiten, werden je einem von England und Amerika ernannten Juristen sowie einem von diesen beiden Juristen gewählten Schiedsrichter unterbreitet. Höhere Geldforderungen werden einem ähnlich zusammengesetzten Gerichtshof vorgelegt, dessen Entscheidung, wenn sie einstimmig erfolgt ist, endgültig ist; andernfalls kann jede von beiden Parteien an einen neuen Gerichtshof appellieren, der aus je zwei von jedem Lande ernannten Juristen und einem von den letzteren gewählten Schiedsrichter besteht und deren Mehrheitsentscheidung endgültig sein soll. Jede Streitfrage, die Gebietsansprüche in sich schließt, wird ebenfalls aus je drei amerikanischen und englischen Richtern von höchstem Rang zusammengesetzten Gerichtshof vorgelegt. Eine Entscheidung dieses Tribunals, die mit fünf gegen eine Stimme getroffen ist, ist endgültig; ist die Mehrheit geringer, so kann jede von beiden Mächten gegen das Erkenntnis Einspruch erheben, eventuell soll um die Vermittlung einer befreundeten Macht ersucht werden. Falls die Juristen der beiden erigirten Gerichtshöfe sich über einen Schiedsrichter nicht einigen können, soll derselbe von dem obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten und einem Gerichtsausschuß des Londoner Privy Council (Staatsrath) ernannt werden und wenn diese beiden nicht zu einer Einigung gelangen, durch den König von Schweden und Norwegen. Der Schiedsgerichtsvertrag bleibt 5 Jahre in Kraft; von da ab gilt eine Kündigungsfrist von 12 Monaten.

Präsident Cleveland hat dem Schriftstück betreffend das Schiedsgericht zwischen England und Amerika gleichzeitig einen Brief an den Senat beigelegt, in welchem er erklärt, die Initiative zu weiteren Schiedsgerichten würden auch andere europäische Staaten ergreifen, womit ein neuer Zug in die zivilisatorischen Bestrebungen der Mächte gebracht würde.

Dieser Vertrag, an dessen Zustandekommen jetzt nicht mehr zu zweifeln ist, kann von kulturgeschichtlichem Standpunkt als das wichtigste politische Ereignis unserer Zeit bezeichnend werden. Denn er bildet den ersten thatsächlichen Schritt der Umkehr aus dem jehigen System der Kriegsvorbereitung zu dem angeblichen Zwecke der Kriegsvorwahrung.

Allerdings darf nicht außer Acht bleiben, daß weder England noch die Vereinigten Staaten Militärmächte sind; allein da sie an intensiver Macht den Militärmächten nicht nur gewachsen, sondern positiv überlegen sind, so kann ihr Vorgehen auch auf die Militärmächte nicht ohne Einfluß sein, wenn auch die Wirkungen nicht sofort zu Tage treten werden.

London, 12. Januar. „Daily Telegraph“ meldet, daß die Transvaal-Regierung nur eine Million Pfund für den Einfall Jameson's in Transvaal fordert.

— **Ueber die Hungersnoth in Indien** äußert sich die „Justice“ folgendermaßen: Die Leute sterben buchstäblich zu Tausenden dahin an Mangel und Krankheit. Aber dieselben Stimmen, die vor einiger Zeit nicht Varm genug machen konnten über die „großen Verbrechen“, welche die „türkischen Schächter“ an „christlichen Armeniern“ begangen, bleiben stumm gegenüber dem Uebel, das die englische Ausbeuterklasse und die Mißwirtschaft britischer Verwaltung über Indien gebracht hat. — Der Entschuldigungsgrund über die „armenischen Greuel“ lautet eben nichts, gründliche Reformen in Indien würden der Kapitalistenklasse den Profit beschneiden.

— **Mit einem sehr ernsthaften Kolonialkrieg** im Hinterlande der afrikanischen Sklaventüste hat England jetzt zu rechnen. Zur Verübung der Stämme im englischen Nigergelbiet, die eine Heeresmacht von 20 000 Mann zu Fuß und 2000 Reitern zusammengebracht haben sollen, werden mehrere Expeditionskorps ausgerückt. Die Expedition richtet sich gegen die Fula's, einem fremden Volkstamm, der einen großen Theil des Reiches Rupe beherrscht und dessen Tyrannei unerträglich geworden ist. Außerdem soll infolge der Niederwerfung einer englischen Expedition an der Benue, welche in den ersten Tagen dieses Jahres stattfand, sollen die englischen Escadre in der Benue verhängt werden.

Dänemark.

— **Zum „Finanzgesetz“ (Etat)**, das jetzt im dänischen Folkething beraten wird, hatten Abgeordnete der Sozialdemokratie eine Reihe Änderungsanträge gestellt. Die darin formulirten Forderungen laufen auf folgende drei Hauptpunkte hinaus:

1. Bewilligung eines Minimumlohnens von 3 Kronen.
2. Eine Ferienwoche ohne Lohnabzug, beides für die Staatsarbeiter.
3. Eine Unterfütterung von mindestens 60 Kronen jährlich für alle Kinder, deren Versorgung dem Staate obliegt.

Um Arbeit zu erlangen, welche Summen für die Durchführung dieser Reformen notwendig werden und zur Darlegung der einschlägigen Verhältnisse wurde von den sozialistischen Deputirten die Veranstaltung einer Enquete über die Lohn- und Arbeitszeit-Verhältnisse der Staatsarbeiter verlangt, und der Ministerpräsident hat deren Veranstaltung auch zugesagt, aber gleich erklärt, daß sie sich „in nächster Zeit“ nicht durchführen lasse.

Der Sozialdemokratie kommt es in erster Reihe auf die erste Forderung an, zu deren Erfüllung etwa 8 Millionen Kronen pro Jahr erforderlich wären. Um diese im Budget freizumachen, werden daher gleichzeitig eine Reihe Streichungsanträge gestellt, die namentlich die Militäraufwendungen betreffen.

Die dänische Sozialdemokratie giebt sich keinen Hoffnungen hin, schon jetzt mit diesen ihren Forderungen durchzubringen. Dieselben werden sicher von der Rechten, den Gemäßigten und der Linken niedergestimmt werden; aber sie wird dann wenigstens erwiesen haben, was die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Linken zu bedeuten hat. Denn daß namentlich die erste Forderung leicht erfüllbar ist, beweist am besten der Umstand, daß nur überflüssige Wünsche eines hochgehenden Militarismus nicht erfüllt zu werden brauchen, um die Mittel dafür verfügbar zu haben.

— **Ein sozialdemokratischer Wahlsieg.** In der Stadt Randers wurde der Vorstand für die Armenkasse gewählt. Hierbei siegte die sozialdemokratische Liste mit 541—497 Stimmen gegen die Liste der Rechten mit 357—298 Stimmen. Alle vier Mitglieder wurden also nach der sozialistischen Liste gewählt.

Es ist dies der dritte kommunale Wahlsieg der Partei in der dänischen Provinz, während dieses Jahres. Der erste war in Høge am 5. Januar, der zweite in Kallundborg und der dritte in Randers.

Türkei.

Konstantinopel, 11. Januar. Gemäß der dem italienischen Volschaffter gemachten Zusage wurde der italienische Unterthan Morani auf der Fahrt nach Trapezunt im Hafen von Herakleia ans Land gesetzt. Derselbe wird hierher gebracht werden, um vor den ordentlichen Gerichtshof gestellt zu werden. Zu der Verhandlung wird der Dragoman der italienischen Volschaffter hinzugezogen werden.

Konstantinopel, 12. Januar. In Elbassan (Albanien) belagerten einige hundert Albanesen, wie es heißt, erragt über Steuerzuschläge, das Amtgebäude. Die Truppen wurden, angeblich um Zusammenstoß zu vermeiden, zurückgezogen. Der Zwischenfall ist friedlich beigelegt.

Asien.

Auf den Philippinen siegen die Spanier „amtlich“ weiter. In einem Kampfe auf Luzon wollten sie 100 Aufständische getödtet haben. Und sie füßeln auch weiter. In Manila wurden von ihnen „10 Leiter des Aufstandes“, unter ihnen Hoja, standrechtlich erschossen.

Amerika.

New York, 12. Januar. Nach einer Depesche der „World“ aus Washington verbat sich der spanische Minister des Aeußern beim Staatssekretär Olney jede Einmischung der Union in den libanischen Streit. Spanien müßte alleiniger Richter bleiben über das, was für seine Kolonien das beste sei.

Reichstag.

150. Sitzung vom 12. Januar 1897. I Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Posadowsky und zahlreiche Kommissarien.

Präsident v. Kuol entbietet den Reichstagsmitgliedern seinen Gruß zum neuen Jahre und eröffnet in Anwesenheit von etwa 40 Mitgliedern die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Spahn (B.), daß er einen in der letzten Sitzung vor den Ferien gebrauchten Ausdruck gern zurücknimmt; es habe ihn jede beleidigende Absicht ferngehalten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats, die mit dem Etat des Reichsamts des Innern beginnt und zwar beim Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. Dine (B.) kommt auf die Verhandlungen über die Arbeiterbeschäftigung im vorigen Jahre zurück; der Staatssekretär v. Bötticher habe damals eine Zusammenstellung der vom Bundesrath sowie von den einzelstaatlichen Regierungen zur Durchführung dieser Beschäftigung erlassenen Verordnungen in Aussicht gestellt. Besondere Verordnungen sind für einzelne Bezirke erlassen, aber im Interesse der Industrie ist es besser, um den Wettbewerb nicht zu erschweren, solche Verordnungen für möglichst große Bezirke zu erlassen. Demnach sei auch eine ganze Reihe weiterer Ausführungsverordnungen in Aussicht gestellt worden. Es wäre für den Reichstag von Interesse, zu erfahren, ob diese Verordnungen bald erscheinen werden. Namentlich eine Verordnung über die Thierhaar-Verarbeitungsanstalten, in welchen wehrhaft Arbeiter durch Anstellung umgelommen sind. Bezüglich der Handwerker-Vorlage stellt Redner einen Initiativantrag seiner Partei in Aussicht, wenn nicht bald eine den Wünschen des Hauses entsprechende Vorlage erfolgen würde.

Staatssekretär v. Bötticher: Die gewünschte Zusammenstellung der Verordnungen und Erlasse ist seit Schluß der vorigen Session fertig gestellt und liegt druckfertig vor. Bezüglich der Gewerbehygiene ist die Reichsverwaltung auch vorgegangen. Dem Bundesrath sind zwei Verordnungen vorgelegt, die eine betreffend den Betrieb und die Einrichtung der Buchdruckereien und Schriftgießereien, die andere betreffend die Anstalten zur Herstellung von Alkali-Chloraten. Beschlüsse sind darüber noch nicht gefaßt worden. Zum Schutze der Arbeiter in Akkumulatorenfabriken sind ebenfalls Vorschriften ausgearbeitet, welche dem Reichs-Gesundheitsamt zur Begutachtung vorgelegt sind. Ferner sind Vorschriften über Nothhaar-Spinnereien ausgearbeitet, die ebenfalls dem Gesundheitsamt unterbreitet sind. Auch die schädliche Einwirkung der Thomschlacken auf die Athmungsorgane der Arbeiter in den Thomschlacken-Röhren haben den Gegenstand der Untersuchung gebildet, ebenso die Wirkung der Zinkdämpfe in den Zinkhütten und des Schwefelkohlenstoffes beim Sulfanisieren.

Die Frage nach dem Stand der Handwerker-Vorlage habe ich in einer Sitzung vor Weihnachten behandelt. Die Subkommission des Bundesraths ist zur Zeit mit ihren Arbeiten noch nicht fertig. Die preussische Regierung hat ihren Antrag durchaus nicht zurückgezogen; ich werde mit allen Kräften dafür sorgen, daß eine Handwerker-Vorlage an den Reichstag kommt.

Die Vernehmung der Fabrikinspektoren ist eine Landesache, die Reichsverwaltung wird sich freuen, wenn eine möglichst große Zahl von Fabrikinspektoren vorhanden ist.

Abg. Schneider (fr. Wp.): Die Berichte der Fabrikinspektoren sind etwas zu allgemein gehalten, so z. B. bezüglich der Einwirkung der Reflektion in Preußen auf die Aufständigkeit; es heißt darin: sie scheint nicht mehr so hinderlich zu wirken, sie habe sich gemindert u. s. w. Redner behauptet überhaupt, daß die Originalberichte der Fabrikinspektoren nur in einer Abschrift den Reichstags-Mitgliedern zur Verfügung gestellt seien. Die Theilnahme der Berufsvereinigungen an der Beaufsichtigung der Betriebe hat zur Verstärkung der Revisionen nicht beigetragen; die Beauftragten der Berufsvereinigungen haben keine erhebliche Thätigkeit ausgeübt, und auch über die mangelhafte Beaufsichtigung seitens der Orts-Polizeibehörden werde Klage geführt. Auf

die Vernehmung der Aufsichtsbeamten kommt es nicht so sehr an, wie auf deren Qualifikation. Die Aufstellung weiblicher Aufsichtspersonen ist im Reichstage mehrfach angeregt worden. In den Berichten der Fabrikinspektoren wird vorgeschlagen, für Betriebe mit weiblichen Arbeitern besondere Vertrauenspersonen zu bestellen zur Vermittlung des Verkehrs mit den Fabrikinspektoren, dann brauche man keine besonderen weiblichen Aufsichtsbeamten. Aber solche Vertrauenspersonen werden leicht entlassen aus den Fabriken, wie denn überhaupt die Arbeiter sich scheuen, dem Fabrikinspektor Mittheilungen zu machen über die Verhältnisse des Betriebes aus Furcht vor Entlassung. In England sind weibliche Aufsichtsbeamte mit großem Erfolg angestellt worden.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Vorredner sagt, daß die Einzelberichte der Fabrikinspektoren dem Reichstage nicht in anderer Form zugänglich gemacht werden als durch eine Abschrift. Ich habe meine Bereitwilligkeit erklärt, auf eine Publikation sämtlicher Berichte hinzuwirken. Ich habe den Bundesregierungen den Wunsch übermittelt und habe darauf von den Bundesregierungen, namentlich von den größeren, die Erklärung erhalten, daß die Publikation erfolgen solle, soweit es nicht schon jetzt der Fall wäre und zwar in extenso. Gleichzeitig ist mir mitgetheilt worden, daß die Berichte im Buchhandel erscheinen; nur einzelne kleinere Staaten haben sich nicht entschließen können, die Berichte dem Buchhandel zu übergeben. Wo diese Berichte dem Buchhandel nicht übergeben werden, werden sie durch Beilagen zu amtlichen Blättern veröffentlicht. Der Vorredner hat ferner bemängelt, daß zwar die Zahl der Revisionen angegeben ist, aber nicht die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe. Das wäre aber nur durch allgemeine Zählungen möglich; was an Zahlen vorliegt, beruht bloß auf einer Schätzung. Aber wir wollen den Versuch machen, in künftigen Berichten eine größere Klarheit zu schaffen, als sie jetzt besteht.

Die Reichsverwaltung kann bezüglich der Einführung der weiblichen Aufsichtsbeamten nicht thun; das ist Landesache. Die Auslassung der preussischen Regierung ist hier im vorigen Jahre vorgebracht worden; der damalige Handelsminister hat sich positiv gegen die Verwendung weiblicher Kräfte ausgesprochen. Ich habe keinen Anlaß zu der Annahme, daß in dieser Beziehung eine Aenderung eingetreten ist. Ich kann den Herren daher nur anheimstellen, sich an die einzelstaatlichen Instanzen zu wenden.

Abg. Fischer (Soz.): Es ist nicht überflüssig, auf den Bericht der Fabrikinspektoren einzugehen, das beweist die Mangelhaftigkeit der Gewerbe-Aufsicht und die Nothwendigkeit, den Arbeiterschutz in viel höherem Maße auszudehnen, als es bis jetzt geschehen ist. Wenn wir diese Sache berühren, so legt man uns immer unter, wir wollten nur die Massen verheizen. Ich meine, wenn Jahr für Jahr in den Berichten sich dieselben Klagen wieder erheben, so muß doch der Reichstag als Kontrollbehörde aus Mittel finden, diesen Klagen endlich abzuhelfen. Man mag aber ungeeignete Ueberwachung der Betriebe, über die Unfähigkeit der Ortsbehörden zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben. Wir hören Jahr für Jahr aus vielen Industriezweigen von einem systematischen Umgehen der Gewerbe-Ordnungs-Bestimmungen und von einem Einschüchtern der Arbeiter, wenn diese sich an die Fabrikinspektoren wenden. Wir hören aber andererseits, daß die Arbeiter-Organisationen eigentlich die besten Stellen wären, sich an die Inspektoren zu wenden und eine Ueberwachung der zur Abhilfe von Schäden getroffenen Anordnungen herbeizuführen. Man müßte bei der Bedeutungslosigkeit der Arbeitervereine und bei der Regelmäßigkeit der Klagen doch eine Abhilfe im Reich erwarten können. Der Staatssekretär sagt: Das kann nicht von Reichswegen geordnet werden, das ist Landesache, wendet Euch an die kompetenten Körperschaften. Ich wende mich aber an das Zentrum, das in bezug auf positive Sozialreformen sein Zusammengehen mit uns betont, daß es dafür mitwirke, daß einfach die Gewerbe-Ordnung zur Reichsache gemacht wird. Wenn es der Reichsregierung ernst ist mit dem Arbeiterschutz, so muß sie Mittel und Wege finden, daß endlich die Gewerbe-Inspektion zur Reichsache gemacht wird, denn die Gewerbe-Ordnung ist auch Reichsache, die Ueberwachung ist aber den Bundesstaaten überlassen, und deren Zersplitterung steht im Widerspruch mit dem Geiste der Arbeiterschutz-Versicherung und mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches. Wenn es sich um die Interessen der Unternehmergruppen handelt, dann haben wir nie, daß man sich auf die einzelstaatliche Souveränität stützt. Was den Unternehmern billig ist, können auch die Arbeiter verlangen. Wie soll auch eine wirkliche Durchführung der Arbeiterschutzgesetze möglich sein, wenn kein einheitlicher Gesichtspunkt dafür gegeben ist. Es ist jetzt keine einheitliche Leitung, keine Fühlung vorhanden. In den 20 Jahren, seit wir die Gewerbe-Aufsicht auch in den Einzelstaaten haben, sind die Fabrikinspektoren, die Gewerbebegehrtsämter nicht ein einziges Mal zusammengetreten, um eine Zentralstelle zu schaffen, in welcher die Erfahrungen gesammelt werden könnten. Und sogar in Preußen während der ganzen Amtsbehaltigkeit des verstorbenen Ministers v. Berlepsch, der ja nach dem sozial-reformistischen Kulauf des Jahres 1890 plötzlich berufen wurde, um sozial-reformistische Bundesdinge zu verrichten, ist mir nicht bekannt, daß die Fabrikinspektoren zusammenberufen wären. Von dem neuen Handelsminister, der ja nach dem unschuldigen Herrn v. Berlepsch im Amt gerufen wurde zur ausdrücklichen Verhütung der Großindustriellen und Kleingewerbetreibenden, ist weder etwas Gutes noch etwas Böses zu erwarten. Die Zusammenstellung der deutschen Gewerbe-Inspektions-Berichte wird alle Jahre ein dickerer Band, aber die schon lange geforderte einheitliche Zusammenstellung ist bis jetzt nicht darin gegeben, und auch der heutige Bericht unterläßt es, ein solches Bild zu geben. Das erste und einfachste, das man von einer solchen Zusammenstellung erwarten kann, ist doch, daß man beim Ausschlagen ein wahrheitsgetreues Urtheil empfangen kann über den Stand der deutschen Gewerbe-Inspektion. Wir finden aber nur eine mosaikartige Aneinanderreihung von Stimmungsbildern, und wenn man diesen nachgeht, so findet man das Bemühen, die Härten abzutönen, und oft gewinnt man den Eindruck, als ob das Bild der objektiven Wahrheit dadurch verwischt ist. Bei der Reflektions-Berichterstattung wollte der Staatssekretär den Nachweis erbringen, daß von einer subjektiven Färbung keine Rede sein könne; er hat die Seite 6 und 8 verlesen, aber auf Seite 9 hätte er gefunden, daß meine Auffassung da Befätigung findet. Da ist zu lesen, daß die Behörden die Gewerbe-Inspektoren immer mehr als technischen Beirath heranzögen. Auf den nachfolgenden Seiten klagen die Inspektoren über die Unfähigkeit der Polizei-Organen zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben. Der Bericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Frankfurt a. O. sagt, nur in den großen Städten habe die Kontrolle Erfolg, aber nicht auf dem Lande. Nach demselben Bericht haben die Landräthe in den Siegelstein nur 3 Zuverlässigkeiten gegen die Gewerbe-Ordnung festgestellt, die Gewerbe-Aufsichtsbeamten 258 Zuverlässigkeiten festgestellt. Die Ortspolizeibehörden können ihren sozialen Aufgaben nicht gerecht werden. Die Bürgermeister sind selbst Unternehmer, oder die Unternehmer haben Einfluß auf die Ortspolizei.

Die Reichsregierung könnte diese Uebelstände beseitigen, die Kontrolle müßte Arbeiterkammern übergeben werden. Die Unternehmer haben Handelskammern und Berufsvereinigungen, warum haben die Arbeiter nicht dasselbe Koalitionsrecht? Ferner wünschen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten selbst mit den Beamten der Berufsvereinigungen nähere Beziehungen zu bekommen. Wo sie sie suchen befehle Unfallsanzeigen oder Entschuldigungsberichte, wurden sie brüsk zurückgewiesen; den badischen Inspektor haben die Berufsvereinigungen sogar boykottirt. Die Fabrikinspektoren nehmen es nämlich mit der Unfallverhütung viel ernster als die Berufsvereinigungen, die ihre Hauptarbeit fast darin sehen, die Arbeiter um ihre Ansprüche zu bringen. Die Beziehungen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu den Arbeitnehmern leidet durch das gehässige Verhalten der Arbeitgeber. Aus Furcht vor Entlassungen treten die Arbeiter mit den Fabrikinspektoren nicht in Verbindung, 20 Fabrikinspektoren beklagen sich darüber. Da muß es wunder nehmen, daß die Behörden jahraus jahrein mit den gesetzlichen Bestimmungen in der Weise Schindler treiben lassen; sie sollten den Arbeitern endlich die

Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte gewährleisten. Durch gegen die Arbeitgeber geschätzte Vertrauensmänner müssen die Arbeiter ihre Beschwerden bei den Fabrikinspektoren anbringen können, sonst müßten die Arbeiter die ganze Gewerbe-Aufsicht als bloßen Schwindel ansehen.

Die Klagen der Fabrikinspektoren über die Bedeutung, die sie der Arbeiterausbildung für eine nachdrückliche Warnung für die Arbeiter, kaiserlichen Vorparagrafen, wie denjenigen in den Februarverlassen allzuviel Vertrauen zu schenken, bevor sie handgreifliche Bedeutung als rechtsverbindliche Regierungsakte erlangt haben. (Sehr gut! links.) Für die Vertretung ihrer Interessen bleiben den Arbeitern also nur die Fachvereine, die Gewerkschaften, die Arbeitersekretariate übrig, denn auch die von den Fabrikinspektoren eingeführten Sprechstunden für die Arbeiter haben sich nach ihrem eigenen Zeugnis nicht bewährt, da auch sie der Unternehmerkontrolle unterliegen. Die Berichte der süddeutschen Inspektoren und derjenigen von Braunschweig, Hamburg und Lübeck geben dabei offen zu, daß derartige Einrichtungen sehr geeignet erschienen seien, die Zwecke der Fabrikaufsicht zu fördern, die angebrachten Beschwerden hätten eine Reihe von Missethäten zu Tage gefördert, die bei den Revisionen niemals hätten ermittelt werden können. Dasselbe Lob wird in den Berichten der Arbeitnehmer-Beistehen der Gewerbegerichte erteilt und die Herren v. Stumm und v. Kardorff, die ja mit neuen Kontrollverordnungen Paragrafen schwanger gehen sollen, um so den Widerstand der Arbeiter gegen allzu große Ausdehnung in der Montan- und Eisenindustrie von vornherein zu brechen, werden mit Interesse erfahren, daß das Reichsamt des Innern seine Meinung im Bericht ausdrücklich dahin feststellt, daß Fälle des Kontaktbruchs in der preussischen Bergverwaltung gar nicht oder nur vereinzelt zu Zeiten außerordentlicher Thätigkeit beobachtet worden sind. (Hört, hört! links.) Aber trotz der Anerkennung dieser erfolgreichen Wirksamkeit der Arbeitervertretungen ist merkwürdigerweise in allen preussischen Berichten nicht eine Silbe von der Thätigkeit derselben zu finden, für die preussischen Beamten existieren solche Vertretungen der Arbeiter eben nicht. Sollten vielleicht die preussischen Behörden die Gewerbeberäthe direkt angewiesen haben, über die Beziehungen der Arbeiterorganisationen zu schweigen? Das zu wissen, wäre doppelt interessant, weil im vorjährigen Bericht solche Fälle konstatiert waren und Herr v. Stumm und Genossen einen ganz entsetzlichen Ärger über ein derartiges Benehmen der Fabrikinspektoren erhoben, als diese Fälle vom Abg. Wurm angeführt wurden.

Ein Theil dieser Beamten hebt auch die gute Haltung der ausländischen Arbeiter bei Besprechung der Streiks hervor und beklagt das Fehlen des Einflusses geeigneter Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft; es wird auch dabei ausgesprochen, und das dürfte besonders das Zentrum und die Christlich-Sozialen interessieren, daß die dauerliche Abneigung der Arbeitgeber gegen die Arbeiterorganisationen sich nicht auf die sozialdemokratischen beschränkt, sondern daß auch die frommen, staatsbehaltenden, christlichen Arbeitervereine von den Fabrikanten mit ganz demselben Mißtraue gemessen werden. Der badische Fabrikinspektor, der ja in diesen Fragen das unbefangene und sachkundige Urtheil hat, sagt ausdrücklich: „Der Unterschied, den die Arbeitgeber noch vor wenigen Jahren zwischen den konfessionellen und den sozialdemokratischen Arbeitern machten, vermischt sich mehr und mehr. . . .“ Es hat die der Vereinigung der Arbeiter überhaupt günstige Stellungnahme genügt, um in manchen Kreisen der Arbeitgeber den konfessionellen Arbeitervereinen eine gerade so ungünstige Bemerkung entgegen zu bringen, wie den sozialdemokratischen. . . . das es vielen Arbeitgebern gar nicht auf das ankommt, wodurch die sozialdemokratischen Organisationen sich von allen anderen sozialen Reformbestrebungen so scharf unterscheiden, sondern auf den Gebrauch, den die Arbeiter von dem Rechte machen, sich zur Wahrung ihrer Interessen zu vereinigen.“

Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern gilt allgemein für den Mann, der die Strömungen in den höchsten Regionen immer am frühesten vorausseht. Zur Zeit der Februar-Erlasse war es mit vielem Ärger und Pathos als Regierungsaufgabe hingestellt worden, denjenigen Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Umständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind, und heute bittet man ja förmlich die Unternehmer um Koalitionen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse an (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), weil man sich der Hoffnung hingibt, nach der brutalen Ausbeutung der Arbeiter auf volkswirtschaftlichem Gebiete könne man auch auf politischem Gebiete einen Umschwung herbeiführen, wenn man die Unternehmer mobil machte zum Kampf gegen die Arbeiterklasse. Wir sind ja schließlich damit zufrieden; denn eindringlicher und wirksamer kann den Arbeitern die Nothwendigkeit des Klassenbewußtseins und des Klassenkampfes gar nicht eingeprägt werden, als durch solche brutale Stellungnahme zu Gunsten der Unternehmer, wie man sie in der letzten Zeit an maßgebenden Regierungsstellen zu beobachten Gelegenheit hatte. Daher hat man bei der Zusammenstellung der Berichte Bedenken getragen, so offen allen Bestrebungen der Arbeiterklasse entgegenzutreten. Das Reichsamt des Innern hat auch im diesjährigen Bericht eine diesbezügliche Aeußerung verzeichnet auf S. 490, es seien bei der allgemeinen günstigen Geschäftslage die Arbeiterverhältnisse häufiger eingetreten als in den Vorjahren, die Wünsche der Arbeiter auf Lohnerhöhung und Arbeitsverlängerung seien häufig ohne weiteres bewilligt worden. Und wenn man nun nach dieser Einleitung weiter liest, dann folgt auf einer ganzen Seite nichts als eine Reihe von Ausführungen, die den Beweis liefern, daß die Arbeiter eben, auch den geringsten Schritt zur Verbesserung ihrer Lage nur auf dem Wege der hartnäckigsten Kämpfe gegen die Unternehmer thun können. Die Berichte der Fabrik-Inspektoren über Arbeitsverhältnisse sind tendenziös gefärbt. An der Spitze marschieren selbstverständlich die sächsischen Gewerbe-Inspektoren. Der Leipziger Inspektor berichtet über 10 Fälle von Arbeitsverhältnissen, und er hat offenbar seine ganzen Informationen einseitig ohne jede Kontrolle von den Unternehmern empfangen und sie sofort als vollständige Mängel wieder in Kurs gesetzt. Daher wimmelt es in seinem Berichte von Ausdrücken wie Unruhestifter, Aufrührer zur Unzufriedenheit, Wildfesseligkeit der Arbeiter, ungebührliches Benehmen, aufrührerisches Verhalten u. c. Es ist begreiflich, daß das Reichsamt des Innern solche Stellen unterdrückt hat, alles schwimmt im Golde, und wenn nun die Arbeiter nach so vielen Jahren der elendesten Lohnrückerei und der übermäßig großen Arbeitszeit sich organisieren und von dem Aufschwung des Geschäftes einen kleinen Profit erlangen, dann nehmen die zum Schutz der Arbeiterinteressen angestellten Beamten für die Unternehmer Partei. Wenn die Kohlenbarone und Eisenindustriellen zur Ausdehnung des Staates und der Gesellschaft sich zu Kohlen- und Schienenyndikaten vereinigen, dann ist das Wahrung der berechtigten Interessen, Sanierung ungesunder Produktionszweige, und wenn Zuckerbarone und Agrarier aus den Taschen der Steuerzahler sich Viebesgaben bezahlen lassen, dann ist das „Schutz der nationalen Arbeit“. Für die Offiziere ist Geld da; für die warme Abendkost der Soldaten nicht. Den höheren Beamten der Reichsdruckerei sollen die Gehälter erhöht werden; die Arbeiter erhalten keinen Pfennig. Ich möchte hierbei die Frage an die Regierung richten, ob sie nicht endlich die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie in Angriff nehmen möchte. Die Gewerbe-Inspektoren ohne Ausnahme sind darüber einig, daß die Bestimmungen zum Schutz der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen größtentheils unvorhaken geblieben sind, weil die Unternehmer den Arbeitern ganz einfach die Arbeit mit nach Hause geben und weil die jugendlichen Arbeiter immer mehr in der Hausindustrie Verwendung finden. Erstreckt sich die Gewerbe-Inspektion nicht auch auf die Hausindustrie? dann ist der Teufel bloß aus der einen Thür hinausgetrieben und kommt in der anderen Thür bei der Hausindustrie wieder herein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso notwendig ist es, endlich die Zahl der Fabrikinspektoren zu vermehren. Preußen hat zwar

10 Assistenten mehr eingestellt, aber was besagt dies gegenüber den immer steigenden Aufgaben! Gewiß ist die Zahl der Revisionen von 78 auf 88 000 gestiegen und die Zahl der revidierten Anlagen von 64 auf 69 000. Es giebt eine gewisse Reihe von größeren Betrieben, bei denen eine regelmäßige Revision verhältnismäßig sehr wenig Arbeit machen würde, aber die Fabrikinspektoren sind sich darüber einig, daß je kleiner der Betrieb, desto größer die Zahl der Uebertretungen ist und daß deshalb die Hauptaufgabe ist, die kleinen Betriebe zu revidieren. Bedenklich ist auch die Verquickung der Dampfkeffel-Revisionen mit der Gewerbe-Aufsicht. Dieser Mißstand soll sich allerdings etwas gebessert haben; wenigstens klagen die Inspektoren nicht mehr so darüber.

Die Bayerische Kammer hat auf einen Antrag unserer Fraktion die Vermehrung des Fabrik-Aufsichtspersonals um fünf Assistenten beschloffen und die Regierung aufgefordert, Personen aus dem Arbeiterstande heranzuziehen. Den Beschluß, auch einen weiblichen Fabrikinspektor zu ernennen, hat nachher die reaktionäre Reichsrathskammer wieder aufgehoben. Dessen wird, wie es scheint, der erste deutsche Bundesstaat sein, der weibliche Fabrikinspektoren hat. In Preußen allerdings ist, wie der Staatssekretär gesagt hat, so etwas vor der Hand nicht zu erwarten, und wir wissen auch die Gründe dafür. Weibliche Fabrikinspektoren sollen angeblich nicht die technischen Kenntnisse haben, und es könnten Zwistigkeiten zwischen den Arbeiterinnen und den Arbeitgebern entstehen. Also die Hauptaufgabe ist, die Unternehmer dürfen nicht gestört werden, im Trüben zu fischen. Die Thatsachen sind aber doch stärker als gewisse Regierungen und frommen Wünsche einzelner Personen. Wenn man die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsräthe über die Sittlichkeit der Arbeiterinnen liest, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Anstellung eines weiblichen Vertrauensinspektors notwendig ist.

Man erschauert sich über die Unsittlichkeit der Arbeiterinnen, wenn aber die Studenten dem Reichskanzler ihre Aufswartung machen und nachher in die Hamburger Bordelle gehen, spricht keiner darüber. Den Arbeiterinnen aber will man den Tanz verbieten, und die Fabrikinspektoren beschränken bei einer Verkürzung der Arbeitszeit eine Forderung der Sitten. Wir wissen ja, alle diese Forderungen scheitern in den Einzelstaaten schon an der Kurzsichtigkeit und fiskalischem Kniderstandpunkt der Finanzminister. In Preußen werden nur 150 000 M. für die ganze Gewerbe-Aufsicht ausgegeben, weil die Mehrkosten durch die Dampfkeffelinpektion wieder herauskommen.

Abg. der Reichstag sein Ansehen dafür einsehen, daß die Gewerbe-Inspektions-Beamten vermehrt, Frauen als Aufsichtsbeamte angestellt werden und die Gewerbe-Inspektion auf die Hausindustrie ausgedehnt wird. Geschickt dies nicht, dann muß man an dem Ernst der Sozialreform verzweifeln, dann ist es besser, klipp und klar zu erklären: Heute ist Unternehmervinteresse und Unternehmerschutz Trumpf. (Vehementer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Döttlicher: Ob der Reichstag dem Vorredner folgen wird, die Fabrikinspektion zur Reichsfrage zu machen, muß ich abwarten. Es handelt sich um die Durchführung des gegenwärtigen Gesetzes, welches die Fabrikaufsicht als Landesangelegenheit behandelt. Ich kann daher die Klagen zum Theil an die Landesinstanz verweisen. Die Reichs-Verwaltung kann nicht auf Grund solcher unbegründeten Klagen eingreifen. Die Ausführungen des Vorredners waren einseitig, darauf berechnet, recht viel Schatten zu werfen auf die Aufsichtsbeamten, die Beauftragten der Berufsgenossenschaften u. s. w. Wenn man die Privatäußerungen von Sozialdemokraten aufgreifen wollte, so erscheinen die Führer der Partei als solche Leute, als welche ein Fabrikaufsichts-Beamter die Agitatoren geschildert hat. Diese Schilderungen brauchen die Sozialdemokraten nicht auf sich zu beziehen; denn sie sind ja jene Agitatoren nicht gewesen. Eingekommen gegen die Arbeiter und gegen die Arbeiterauschüsse sind die Beamten nicht; es ist mir keine Regierungsmaßregel bekannt, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter behindert; namentlich der neueste Kundst in Hamburg bringt keinen Beweis dafür, daß die Arbeiter behindert und die Unternehmer begünstigt sind. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Zuruf: Freigabe des Hohlhafens für die Unternehmer.) Infolge des Konfessionsarbeiter-Ausstandes haben Untersuchungen stattgefunden, die Regierung beschäftigt sich damit, Maßregeln auf dem Gebiete der Hausindustrie zu treffen. Ich nehme für die Regierung in Anspruch, daß sie in loyaler Weise den Arbeiterschutz zur Durchführung zu bringen bemüht ist.

Abg. Hilde (wilde Liberal) spricht sich dagegen aus, daß die Fabrikaufsichtsbeamten zu gleicher Zeit die Kesselsrevision vornehmen, die sehr gut von den Ueberwachungsvereinen ausgeführt werden könnten. Die Klage über den mangelhaften Verkehr zwischen den Beauftragten der Berufsgenossenschaften und den Aufsichtsbeamten sind gänzlich unbegründet, weil ein reger Verkehr zwischen diesen Personen gar nicht notwendig ist. Eine gemeinsame Revision der Betriebe würde die Thätigkeit beider Aufsichtsorgane hemmen. Gerade der „Vorwärts“ hat sich gegen eine solche gemeinsame Revision ausgesprochen, weil zu leicht die Beauftragten die Mitglieder der Berufsgenossenschaften von den bevorstehenden Revisionen benachrichtigen könnten. Die staatliche Beaufsichtigung zum Zwecke der Unfallverhütung ist notwendig, weil die Arbeiter die Aufsicht seitens der Berufsgenossenschaften als nicht maßgebend anerkennen werden.

Abg. Wurm (Soj.): Nach dem Staatssekretär sollen wir die Hamburger loben, daß sie während des Streiks gesetzlich gewährleistete Versammlungen nicht aufgelöst haben. Das ist nicht unsere Sache. Die Fabrikinspektoren haben die Arbeit als Aufwiegler und Unruhmacher bezeichnet, nicht in Privatunterhaltungen, sondern in den amtlichen Berichten. Sie wissen, wie das Vereinsgesetz in Preußen und in Sachsen gehandhabt wird. Der sächsische Minister des Innern hat offen im sächsischen Landtage gesagt, daß die dispositiven Bestimmungen des Vereinsgesetzes allerdings gegen die Sozialdemokraten scharfer angewendet werden sollen, als gegen andere Parteien. Gegenüber den Gewerkschaften haben wir dies schon in Preußen gespürt. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist durchaus nicht überall geachtet worden, es sind Versammlungen verboten und aufgelöst worden, deren Verbot und Auflösung durchaus ungesetzlich war. Redner wendet sich gegen die Bundesrathsvorordnung bezüglich der Ziegeleien, welche mit dem 1. Januar 1894 in Kraft getreten ist, durch welche die Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen und weiblichen Arbeiter wieder beseitigt ist, indem die Ausdehnung der Arbeitszeit für die sogenannten Feldziegeleien, deren Aufsichtigung durch die Ortspolizei eine durchaus unzureichende ist, garnicht kontrollirt werden kann. Solche Ziegeleien werden überhaupt von den Beamten nur höchst selten kontrollirt. Die Leute, welche die Ortspolizei verwalten, sind garnicht im Stande, die Gesetze zu verstehen, von denen ja immer gleich wieder 100 Ausnahmen gemacht werden. Der Bundesrath sollte diese Verordnung wieder aufheben und die Ziegeleien den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen unterwerfen, denn er kann die kleinen Ziegeleien doch nicht dadurch schützen gegen die großen Ringe von Ziegeleien.

Besonders bedenklich ist aber die Beeinträchtigung der Sonntagsruhe in der Maschinenindustrie, sowie bei den Saisonbetrieben der Nahrungsmittel-Industrie; durch die besonderen Bestimmungen ist die Sonntagsruhe zum Theil vollständig aus der Welt geschafft durch die zugelassenen Ausnahmen. Daß die unteren Verwaltungsbehörden Sonntagsarbeiten gestatten können, ist eine Vorchrift, die beseitigt werden muß. Mindestens müssen die unteren Verwaltungsbehörden darüber die Fabrikinspektoren beitragen, denn sie sind kaum im Stande zu beurtheilen, ob die Sonntagsarbeit notwendig ist. Freilich man hat ja im königlichen Schloß und auch im Spielhause im Garten des Schlosses Monbijou Sonntags nachmittags gearbeitet. (Hört! hört!) Nach diesem Beispiel haben die Unternehmer leichtes Spiel, sie können sich darauf berufen, und eine untergeordnete Polizeibehörde erklärt ja in Unterthänigkeit, wenn sie hört,

daß an so hohen Stellen Sonntags gearbeitet wird. Warum soll sie da nicht auch in einer Fabrik Sonntags arbeiten lassen. Wir verlangen die Sonntagsruhe nicht vom kirchlichen, sondern vom menschlichen Standpunkte aus. Erst hat man den vom Winde abhängigen Windmühlen die Sonntagsarbeit gestattet, dann, damit sie konkurriren können, den Wassermühlen, die unregelmäßige Wasserkraft haben. Einer großen Mühlenmühle in Halle a. S., die 9 pCt. Dividende gegeben hat, die in ihrem Berichte über gute Wasserhältnisse berichtet, hat man die Sonntagsarbeit an sechsundzwanzig Sonntagen gestattet wegen unregelmäßiger Wasserhältnisse! Und dabei haben die Mühlen 12, 14, 16, 18stündige Arbeitszeit täglich und zwar nicht bloß die von Wind und Wasser abhängigen Mühlen, sondern auch die Dampfmaschinen. Es giebt Mühlen, aus denen die Gesellen wochenlang nicht herauskommen, wo sie ohne Unterbrechung arbeiten müssen. Man begründet das mit der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Diese Konkurrenz geht doch hauptsächlich von England aus, wo die Sonntagsarbeit nicht besteht; ebensoviele besteht sie in der Schweiz, wo der 11 stündige Arbeitstag besteht. Die Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitszeit werden von den Gerichten so milde bestraft, daß dadurch geradezu eine Prämie auf die Uebertretungen gesetzt wird; denn die Strafe steht zu dem durch die Uebertretungen erzielten Reingewinn in keinem Verhältnis.

Ein Unternehmer, der eine Kreisfrage so ungenügend geschäftig hatte, daß einem Arbeiter zwei Finger der rechten Hand abgeschnitten wurde, wurde zu 30 M. Strafe verurtheilt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem Falle mit idyllischem Ausgange wurde der Fabrikant zu einigen Wochen Gefängniß verurtheilt. (Hört! hört!) Und da redet man noch von gleichen Rechten in Deutschland! Arbeiter, die für ihre Kollegen eintreten und sich einmal scharfer ausdrücken, als es dem Richter und dem Unternehmer gut klingt, müssen es mit wochenlangem Gefängniß büßen, während jene gewissenlosen Ausbeuter und Schmutzianer nach dem Leben ihrer Mitmenschen trachten können, was 30, 50 M. für sie kostet! Die Verwaltungsbehörden kommen den Unternehmern in dem weitesten Umfange entgegen, während die Arbeiter brutal unterdrückt werden, wenn sie für bessere Lohndingungen kämpfen. Das erkennen die Berichte der Aufsichtsbeamten auch an. Die Strafen, die die Arbeiter für irgendwelche unbesonnene Aeußerung im Interesse der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter treffen, stehen dazu in einem schneidenden Gegensatz. Es scheint, daß die Mäher um so nothleidender sind, je reicher sie sind; denn je mehr Mähgänge sie sich anschaffen können, desto mehr können sie sich darauf berufen, daß sie bei niedrigem Wasser nicht alle gehen lassen können und deshalb der Sonntagsarbeit bedürfen. Die Regierung sollte endlich den Witten der Mäherarbeiter nachgeben und die Sonntagsruhe, für die sie immer aus religiösen Gründen einspricht, endlich durchführen. So wie es jetzt geht, verhöhnt Sie, die Sie immer Ihre Frömmigkeit, Ihre Kirchlichkeit und Religion im Munde führen, das dritte Gebot, und es ist sonderbar, daß wir Sozialdemokraten, denen Sie so viel Böses nachsagen, Sie an die Erfüllung dieses Gebotes mahnen müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Döttlicher: Soweit die Beschwerden des Vorredners sich gegen das Reichsamt des Innern richten, sind sie durchaus unbegründet, denn das Reichsamt des Innern hat die betreffende Verordnung gar nicht erlassen.

Sächsischer Geheimrer Regierungsrath Fischer wendet sich gegen eine von dem Abgeordneten Fischer im Laufe seiner Rede gemachte Bemerkung gegen den sächsischen Minister v. Redsch. Die kritisierte Aeußerung, die der Minister im sächsischen Landtage gemacht habe, sei einseitig reproduziert worden. Der Minister habe bei Verhandlung einer Beschwerde über die Handhabung des Vereinsgesetzes aneinander gesetzt, daß hierbei Verhältnisse in Frage kämen, welche durch zwingende, streng gesetzliche Vorschriften bestimmt würden, und außerdem solche Verhältnisse, welche die Einschließungen der Behörden in ein gewisses diskretionäres Ermessen stellen, und hier könnte selbstverständlich die Person und die Zusammensetzung des von einer Einschließung betroffenen Vereins nicht ohne Einfluß sein. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Das ist ungefähr dasselbe, was auch hier von dem Reichstage seinerzeit grundsätzlich aufgestellt worden ist: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe! (Vehemente Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig! Ich erlaube mir, ihrem „Sehr richtig!“ zum Trotz zu behaupten, daß gegen diesen Satz, richtig verstanden und angewendet, sich grundsätzlich nicht das geringste einwenden lassen.)

Abg. Müller-Waldenburg (Soj.) bespricht eingehend die Berichte der Aufsichtsbeamten über die Verhältnisse der Bergarbeiter und über die Ausführung des Unfall- und Invaliditätsversicherungs-gesetzes für dieselben. Redner machte im Laufe seiner Ausführungen der preussischen Bergverwaltung den Vorwurf der Impotenz und der Verlotterung; der Präsident v. Suol bezeichnete diese Bemerkung als eine Beleidigung der Behörden und deshalb für reichstagsunwürdig. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben bei seiner schwachen Stimme auf der Tribüne unvernehmlich.

Darauf wird um 6 1/4 Uhr die weitere Berathung bis Mitt- woch 1 Uhr vertagt.

Die Hafenarbeiter-Bewegung.

In einem Artikel „Der schwarze Tod“ macht das „Hamb. Echo“ auf die Gefahr aufmerksam, die bei etwaiger Einschleppung der indischen Beulenpest Hamburg und Deutschland droht. „Man vergegenwärtige sich“ — sagt unser Bruderorgan — „den gewaltigen Handelsverkehr von Indien nach europäischen Häfen. Da ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Seuche, aller Vorsichtsmaßregeln spottend, eingeschleppt wird. Ist sie aber erst einmal da, so wird sie zahllose Opfer fordern. Denn die Bedingungen für ihre Ausbreitung sind in den europäischen Kulturstaaten, insbesondere auch in Deutschland und hier in Hamburg, vorhanden: die Noth, das Elend, die schlechte Lebenshaltung der arbeitenden Klasse. Man rühme nicht hochmüthig die „Kulturhöhe“ unserer Zeit gegenüber der des „finsternen“ Mittelalters (wo Pestepidemien in Deutschland etwas häufiger waren). Wie wenig die moderne Kultur mit ihren Errungenschaften uns zu schützen vermag gegen massenmörderische Seuchen, davon haben wir denn doch wohl in der Hamburger Cholera-Epidemie des Jahres 1892 einen Beweis von größtem Gewicht. Was nützt aller technische und wissenschaftliche Fortschritt, wenn die Quelle der Seuchen, das Massen-elend, nicht überwunden wird? Indien hat seine Pariah, unsere Kulturstaaten haben sie auch in den Millionen der ausgebeuteten vernachlässigten Proletarier, die das Interesse der Besitzübermacht zu Entbehrungen aller Art verurtheilt. Unter diesen hielt 1892 die Cholera-Seuche bekanntlich die reichste Ernte, während die Reichen und Gutsirten der vom Tod beherrschten Stadt entflohen, es den Behörden, den Aerzten, dem Militärstand und den — Arbeitern überlassend, den stürchlichen Feind zu bekämpfen und zu überwinden. Damals trug die kapitalistische Interessenwirtschaft einen sehr großen, wo nicht den allergrößten Theil der Schuld an der Ausbreitung der Seuche. Die Sünden des Kapitalismus mußte die arbeitende Bevölkerung furchtbar schwer entgelten. Das Unternehmertum hatte, und die für das Recht und die Wohlfahrt der arbeitenden Klasse eintretenden Arbeiterorganisationen zu vernichten, in den Jahren vorher tausende bedürftigster, auf niedriger Kulturstufe stehender Proletarier hierher gezogen, wodurch die Noth der einheimischen Arbeiterbevölkerung erheblich vermehrt und zugleich der Seuchen-Empfänglichkeit Vorschub geleistet wurde, eine Thatfache, die von einem Vertreter der Hamburgischen Regierung im Reichstage unumwunden zugegeben worden ist. Und heute? Nun, seit Wochen verkehrt sich das koalirte Unternehmertum in derselben Weise gegen das Gemeinwohl. Es hat sich nicht gebessert, verfährt vielmehr gegenwärtig

Abgeordnetenhans.

16. Sitzung vom 12. Januar 1897. 11 Uhr.

Am Ministerische: Bosse, Miquel und Kommissarien.

Die zweite Lesung über das Lehrerbefordungs-Gesetz wird fortgesetzt.

Bei § 18 der Vorlage, welcher die Modalitäten der Berechnung der Dienstzeit festsetzt, wird nach längerer Debatte angenommen.

§ 11, welcher die Anrechnung der Dienstzeit an Privatschulen behandelt, wird unverändert angenommen.

Der § 20 stellt die auf das Grundgehalt zulässigen Anrechnungen fest. Die Vorlage bestimmt, daß der Betrag der Landungung anzurechnen ist. Er wird unverändert angenommen.

§ 22 behandelt die Umzugskosten bei Versetzungen. Die Kommission hat den Abzug 1 der Regierungs-Vorlage gestrichen, wonach der Verlust der Umzugskosten als Disziplinarmittel angeordnet werden kann.

Abg. v. Jagdzewski (Pole) empfiehlt besonders diese Streichung; von diesem Disziplinarmittel würde oft aus politischen Gründen Gebrauch gemacht werden, besonders in Posen.

Minister Bosse erklärt, daß der gestrichene Absatz im Interesse der Lehrer vorgeschlagen war; man wolle in gewissen Disziplinarfällen, wo man nicht gern auf Dienstentlassung erkenne, die Strafverfügung einführen. Wünscht das Haus diese Bestimmung nicht, so ist die Regierung bereit, hierauf zu verzichten.

Die Abgg. Böttinger (nall.) und Winkler (l.) bekämpfen den gestrichenen Absatz.

Abg. Richter (fr. Vg.) möchte den ganzen Paragraphen streichen und fragt, was derselbe denn an neuem Recht schaffe.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Kügler: Durch eine Streichung würden die Lehrer schwer benachteiligt; die Vorlage ist für die Lehrer günstiger als die jetzt gültigen Bestimmungen.

Der Paragraph wird unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

§ 27 behandelt die Leistungen des Staates.

Abg. Wölke (nall.) befragt einen von ihm mitunterzeichneten Antrag Groth (nall.), wonach der staatliche Befoldungsbeitrag für die Lehrkräfte im ganzen Betrage den Schulverbänden erstattet werden soll, während die Kommission nur einen Jahreszuschuß von 337 M. für jede Lehrerstelle und von 184 M. für jede Lehrerinnenstelle vom Staate festsetzt.

Abg. v. Seydewitz (l.) bekämpft diesen Antrag und warnt davor, durch ein derartiges Aufstreben das Gesetz nochmals zu gefährden.

Abg. Seyffardt (nall.): Das Unrecht, das man den Städten in diesem Paragraphen zugefügt, ist frivol; man sollte doch nicht in dieser Weise die Städte einfach majorisieren.

Abg. Dr. Borsch (z.): Nicht aus Abneigung gegen die großen Städte, sondern im Interesse des Zustandekommens der Vorlage stimmen meine Freunde für die Beschlüsse der Kommission.

Minister Miquel: Von einer ungeschehen Behandlung der Großstädte kann keine Rede sein. Die früheren staatlichen Zuwendungen waren allgemeine Erleichterungen der Kommunen nach Maßgabe ihrer Schullasten. Infolge der Kommunalsteuer-Reform sind nun aber diese Gemeinden sehr wesentlich erleichtert, das läßt sich ziffermäßig beweisen. Der Antrag Groth verstoßt auch gegen die Verfassungsbestimmung, wonach die Schullast von den Gemeinden getragen werden soll und der Staat nur im Nothfalle helfend eintreten soll. Man sollte es doch unterlassen, aus solchen Anlässen den Gegensatz zwischen Stadt und Land unnötig zu erweitern. (Beifall rechts.)

Abg. Reichardt (nall.): Die Kommissionsbeschlüsse sind eine Ungerechtigkeit gegen die Städte. Das platte Bond ist durch die Steuerreform wahrlich nicht minder entlastet, wie die Städte.

Abg. v. Chruern (nall.) befragt den Antrag Groth.

Minister Miquel: Das Gesetz erscheint der Regierung allerdings so wichtig, daß sie dasselbe nicht von dem Antrage Groth abhängig machen will. Unrichtig aber sei es, den Antrag aus Gründen der Gerechtigkeit zu fordern.

Abg. Vermees (fr. Vp.) fordert den Antrag Groth aus Gründen der Gerechtigkeit. Man werde es garnicht versuchen, den Agrariern in ähnlicher Weise etwas zu nehmen, wie hier den Städten, denn die Agrarier würden schreien. Es sind auch nicht bloß Großstädte, die von dieser Bestimmung der Vorlage betroffen werden, sondern auch kleinere Gemeinden.

Die Debatte wird geschlossen und der Antrag Groth abgelehnt. Der § 27 bleibt unverändert.

Der Rest der Vorlage wird unverändert angenommen und sodann die Resolution debattiert, welche die Kommission vorschlägt: die Regierung aufzufordern, dem Landtage baldigst ein allgemeines auf christlicher und konfessioneller Grundlage beruhendes Volksschulgesetz vorzulegen.

Der Abg. Bartels (l.) erklärt kurz die Zustimmung seiner Freunde zur Resolution; mache die Regierung ganze Arbeit, die Zeit sei dazu geeignet.

Abg. Frhr. v. Jedlich (l.) erklärt, daß seine Freunde zwar auch eine Schule auf christlicher und konfessioneller Grundlage wünschen, aber der Resolution nicht zustimmen, weil diese auf ein Schulgesetz nach dem Muster der 1892er Vorlage des Grafen Jedlich gerichtet ist.

Die Abgg. Dr. Sattler (nall.), Brömel (fr. Vg.), Anrede (fr. Vp.) erklären sich namens ihrer Fraktionen gegen den Abg. Frhr. v. Heereman (z.) und Dr. v. Jagdzewski (Pole) für die Resolution, worauf dieselbe gegen die Stimmen der Freikonfessionellen, Nationalliberalen und Freisinnigen zur Annahme gelangt.

Morgen 11 Uhr: Schuldentilgungs-Gesetz. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarischer.

Der preussische Staatshaushalts-Gesetz. Noch mehr als in früheren Jahren sind in dem Etat für 1897/98 die Einnahmen des Staates möglichst niedrig veranschlagt, ein sehr bequemes Mittel, um Ueberschüsse zur Schuldentilgung zu erzielen und sich etwaigen Forderungen zum Zweck der allgemeinen Landesverwaltung zu entziehen. Auf der anderen Seite werden die gesteigerten Einnahmen ausgleichend durch eine Erhöhung des Extra-Ordinariums um 10 279 778 Mark und des Ordinariums um 95 094 689 Mark, Summen, die nicht entfernt in dem einen Jahre ausgegeben werden können. Herr Miquel hat ja auch selbst in der Einleitung zu seiner Etatsrede betont, es komme ihm darauf an, den Druck, der aus einer Steigerung der Ausgaben in günstigen Jahren resultiert, zu vermindern; deshalb sei das Extra-Ordinarium höher in den ersten Jahren bemessen, als in dem betreffenden Jahre selbst verbraucht würde. Auf diese Weise werden Reserven zur Verwendung in folgenden Jahren geschaffen und so die ungünstigen Jahre gedeckt, wo in das Extra-Ordinarium nicht so hohe Beträge eingestellt werden können. Mit anderen Worten, der Finanzminister erreicht durch eine derartige Veranschlagung auf Umwegen dasselbe, was er durch Ausgleichsfonds direkt erreichen würde.

Ueber den Etat im allgemeinen ist bereits früher (vergl. „Parlamentarischer“ in Nr. 7 des „Vorwärts“) das Wesentliche berichtet; es erübrigt noch, die Etats der einzelnen Verwaltungen, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, kurz zu besprechen. Doch müssen wir uns hierbei aus Raumangel auf die wichtigsten Angaben beschränken.

Im Antidotat belaufen sich die Einnahmen auf 3 251 882

Mark (3 110 026 *), die dauernden Ausgaben auf 117 537 417 Mark (109 482 907), die einmaligen Ausgaben auf 7 719 606 M. (6 254 910). Von größeren einmaligen Ausgaben sind besonders zu erwähnen eine Summe von 200 000 M. als erste Rate für den Neubau des ersten chemischen Instituts an der Universität Berlin, für welches als Bauplatz der ehemalige Charitee-Nichthof in der Hannoverer Straße in Aussicht genommen ist. Das jetzige Institutsgelände sowie das der Akademie der Wissenschaften gehörige Grundstück in der Dorotheenstraße werden für 1 400 000 M. verkauft werden. Ferner ist beabsichtigt eine Erweiterung der Frauenklinik und der Neubau des physikalischen Instituts in Kiel, Neubau der Universitätsbibliothek in Marburg, des Gymnasiums in Tilsit, des Kaiserin Augusta-Gymnasiums in Charlottenburg. Zur Unterstützung unermüdender Schulverbände bei Volksschulbauten ist 1 Million, zur Förderung der Schülerbibliotheken 30 000 M. ausgef. Es seien ferner erwähnt eine erste Rate von 14 000 M. für die magnetische Landesaufnahme des Königreichs Preußen, wie sie in den Nachbarländern bereits erfolgt ist, 50 000 M. zur Förderung von Untersuchungen mit Röntgen'schen Strahlen, 171 000 M. zur baulichen Erweiterung des elektrotechnischen Instituts an der technischen Hochschule zu Berlin, 64 000 M. zur Herstellung eines großen Hörsaals an demselben Institut, 38 000 M. zur Bekämpfung der Lepra, insbesondere zur Herstellung und Ausrüstung eines Leprosanatoriums im Kreise Memel, 20 000 M. zur Unterstützung der Maul- und Klauenseuche bei dem Institut für Infektionskrankheiten zu Berlin, 75 000 M. zur Bekämpfung der Granuloze, einer namentlich in den östlichen Provinzen in neuerer Zeit in Erscheinung getretenen Augenentzündung, die besonders unter der ärmeren Bevölkerung herrscht. Der Betrag soll verwendet werden zur Belehrung der Bevölkerung, Behandlung erkrankter Personen und Gewährung von Verbandsgeldern und Medikamenten an die Kranken. Für die Erweiterung der Kunstmuseen durch Errichtung von Gebäuden auf der Museumsinsel in Berlin sind als erste Rate 500 000 M. ausgef.

Unter den dauernden Ausgaben finden wir 146 813 M., um welche Summe der für die Landesuniversitäten gewährte Zuschuß erhöht wird, die Dotation für höhere Lehranstalten wird um 226 557 M. vermehrt. Für das Elementarunterrichtswesen sind an Mehraufträgen gegen den diesjährigen Etat ausgef. 123 850 M. Dotation der Seminarien, 10 666 M. Dotation der Präparandenanstalten, 20 820 M. für Kosten der Schulaufsicht, 850 000 M. infolge der Vermehrung der geschickten vorgeschriebenen Zuschüsse zu neuen Schulstellen, 400 000 M. für Beihilfe an Schulverbände wegen Unvermögens für die laufenden Ausgaben der Schulunterhaltung, 5 312 000 M. zur Durchführung des Lehrerdotationsgesetzes, 140 000 M. zu Dienstalterszulagen für Volksschullehrer- und Lehrerinnen, 250 000 M. an Mehraufschlag für den gesetzlichen Pensionsfonds.

Im übrigen erwähnen wir noch die Erhöhung des Fonds zu Befoldungszuschüssen für Heranziehung und Erhaltung tüchtiger Lehrkräfte für die technischen Hochschulen von 30 auf 50 000 M. und die Aushebung von 4000 M. zur Pflege der Leibesübungen an den technischen Hochschulen.

Der landwirtschaftliche Etat verzeichnet an Einnahmen 85 190 704 M. (83 831 654), an einmaligen Ausgaben 6 866 460 M. (6 346 640), an dauernden Ausgaben 42 109 200 M. (41 527 770). Von den einmaligen Ausgaben sind hervorzuheben 100 000 M. als erste Rate zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen; vorausgesetzt ist hierbei, daß die Provinzialverbände weitere Summen flüssig machen. Ferner 300 000 M. zur Gewährung von Darlehen für die Förderung der Errichtung von Anstalten und Einrichtungen zur Verarbeitung und besseren Verwertung landwirtschaftlicher Produkte und für die Förderung sonstiger gemeinsamer Unternehmungen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Die staatliche Unterstützung bezweckt, denjenigen Gegenden zu Hilfe zu kommen, wo solche Veranlassungen noch neu und unerprobt sind, wo es also darauf ankommt, das Risiko und die Schwierigkeit der ersten Versuche zu vermindern. Verlangt wird eine Verzinsung und Amortisation der Beihilfen unter Gewährung von Freijahren in besonders schwierigen Fällen.

Im Finanzministerium betragen die Einnahmen 7 538 755 Mark mehr als im laufenden Etat, die dauernden Ausgaben 109 650 M. weniger, die einmaligen Ausgaben 1 243 550 M. mehr. Der Assessorien-Diätenfonds bei den Regierungen wird von 856 800 auf 958 800 M. erhöht.

Die Ersparnisse aus der Konversion betragen 5 217 813 M., doch geht hiervon noch eine Million zur Bestreitung der Kosten der Konvertierung ab.

Für Schuldentilgung sind ausgef. 33 951 805 M. Die Kapitalausgabe beträgt am 1. April 6498 Millionen, es werden also nur etwa 1/2 pCt. getilgt.

Die Erbschaftsteuer beträgt 8 857 860 M., etwa eine Million weniger als im Vorjahre; zur Verzinsung der neu aufzunehmenden Anleihebeträge sind 100 000 M. angeworfen.

Kommunales.

In seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung setzte das Magistratskollegium die Verwaltungen zur Herstellung des Stadthaushalts-Gesetz für das Verwaltungsjahr 1897/98 fort. Der Spezial-Etat für die Realschulen (höhere Bürger-schulen) ist in Einnahme mit 386 114 und in Ausgabe mit 1 008 615 M. festgesetzt, so daß ein Zuschuß von 617 501 M. erforderlich wird. Indessen dürfte sich der Einnahmeposten steigern, wenn die Stadtverordneten-Versammlung, dem Magistratsbeschlusse beistimmend, das Schulgeld für auswärtige Schüler vom 1. April cr. von 80 M. auf jährlich 130 M. erhöht. Diese Mehreinnahme ist auf 30 000 M. veranschlagt, so daß die Einnahme an Schulgeld, welche auf 374 200 M. angef. ist, um diese Summe sich vergrößern würde. Die Gehälter, einschließl. der im Laufe des Jahres fällig werdenden Alterszulagen sind für die 12 Direktoren mit 78 600 M., für die Oberlehrer und Lehrer mit 608 550 M., für die 24 technischen Lehrer mit 89 900 M. festgesetzt. — Der Spezialetat für das Friedrich-Wilhelms-Hospital und die Siechen-Anstalten ist in Einnahme mit 60 424 M. und in Ausgabe mit 547 707 M. festgesetzt, so daß ein Zuschuß von 487 281 M. nötig ist. Die Belegungs-ziffer für die Friedrich-Wilhelms-Anstalt ist auf 750 Personen, die der Siechenanstalten auf 520 Personen in Ansatz gebracht. Für Verpflegung und Bekleidung ist die Summe von 208 000 M., für Hausbedürfnisse 102 000 M. in Ausgabe gestellt. — Der Spezial-Etat der Strafreinigung und Besprechung schließt in Einnahme mit 190 268 und in Ausgabe mit 2 516 603 M. ab, so daß ein Zuschuß von 2 326 340 M. notwendig wird. Die regelmäßigen Abfuhrkosten für Kehricht etc. betragen nach einem abgeschlossenen Vertrage 582 200 M., während für außerordentliche Leistungen, so bei starkem Schneefall, 100 000 M. in den Etat gestellt sind; an Gehältern und Löhnen der Arbeiter ist die Summe von 1 209 196 M. festgesetzt. Die Ausgaben für die Straßenbesprechung sind mit 311 847 M. angeworfen.

Der Stadtrath a. D., früherer Kaufmann Albert Schmidt, ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag verstorben. Derselbe war vom Jahre 1873 bis Ende 1888 Stadtverordneter und seit 1881 Vorsitzender des Rechnungsausschusses der Stadtverordneten-Versammlung.

*) Die in Klammern beigefügten Zahlen sind die entsprechenden des Etats für 1896/97.

Lokales.

Aktion. Genossen des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. In Rücksicht auf die vom Vertrauensmann einberufene Volksversammlung am Donnerstag, den 14. Januar, findet die nächste Versammlung des Wahlvereins des 2. Reichstags-Wahlkreises am Dienstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in dem Ausschank der Habel'schen Brauerei, Bergmannstr. 5-7, statt. Es wird dies eine Mit-glieder-Versammlung sein. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Bedeutung der Presse und wie können die Mitglieder eine größere Verbreitung des „Vorwärts“ erzielen? 2. Diskussion. 3. Beschlüßfassung über die Verwendung der vorhandenen Vereinsgelder. — Mitgliedsbuch legitimiert. Um rege Agitation für den Besuch dieser wichtigen Versammlung bittet der Vorstand.

Die Behausungsziffer Berlins — das ist die Zahl der durchschnittlich auf 1 bewohntes Grundstück fallenden Bewohner — war bei der Zählung von 1895 etwas niedriger als bei der von 1890, nachdem sie bis dahin regelmäßig und sehr beträchtlich gestiegen war. Am 2. Dezember 1895 (bezw. am 1. Dezember 1890) wurden hier 23 255 (21 614) bewohnte Grundstücke mit 1 677 304 (1 578 794) Bewohnern gezählt. Die durchschnittliche Behausungsziffer stellte sich für das ganze Stadtgebiet auf 71,97 (1890: 72,57, aber 1885: 66,9, 1880: 60,6). Sie war in den verschiedenen Stadt-gegenden natürlich sehr verschieden. Unter den Stadtbezirken hatte (abgesehen von den erst wenig bewohnten, wo der Zufall eine zu große Rolle spielen kann) der 10. Bezirk (Oberwallstraße und Nachbarschaft) mit 17,92 (22,1) die niedrigste Behausungsziffer. Die höchste dagegen hatte mit 164,49 (163,5) der Bezirk 254c (nördl. Theil der Schweinminderstraße, nahe Bahnhof Gesundbrunnen), obwohl hier keine Anstalt liegt. Mit den nächsthöchsten Ziffern (abgesehen von den Bezirken mit großen Anstalten, Kasernen u. s. w.) folgen: mit 145,45 (182,9) der Bezirk 112b (Försterstraße, nahe Südlicher Bahnhof), mit 143,02 (129,4) der 17b. Bezirk (Königsbergerstraße, nahe Ostbahnhof), mit 140,02 (149,4) der Bezirk 254a (Mägdenstraße, nahe Humboldthain). Unter den Stadesamtsbezirken stand auch diesmal der Bezirk VB (östlicher Theil der jenseitigen Löniseufstadt) mit 123,31 (1890: 172,2, 1885: 110,0, 1880: 94,6) obenan. Hier fällt freilich die Militärbevölkerung stark ins Gewicht; aber selbst wenn man bei der Berechnung den gleich zwei Kasernen enthaltenden Stadtbezirk 105 (Köpenicker- und Zeughausstraße) ausschaltet, so erhält man für 1895 immer noch die Behausungsziffer 120,54.

In der letzten Sitzung des hiesigen Lokalausschusses des Vereins zur Besserung der Strafgesangenen trat ein bislang in den meisten Fällen nur als Produkt sozialdemokratischer Behausung bezeichnetes Stück sozialer Erkenntnis zu tage. Gemeinrath Starke bezeichnete es als ein erfreuliches Zeichen für die Wirksamkeit des Vereins, daß immer mehr Personen, die nur leichtere Vergehen zu sühnen hatten oder wegen Herumtreibens u. s. w. eingesperrt waren, die Hilfe des Vereins in Anspruch nahmen. Es zeige dies von erstem Willen, sich vor einem Rückfall zu hüten, und der Verein müsse es als seine vornehmste Pflicht erachten, gerade solchen Personen seine Hilfe anzubieten zu lassen, damit sie nicht erst zu Verbrechern werden. Geh. Justizrath Dr. Wirth, Direktor des Strafgefängnisses Pöthensee, trat dieser Ansicht bei und empfahl die Aufmerksamkeit des Vereins gerade auf diejenigen Straftatler zu lenken, die nur wenige Tage Gefängnis gehabt haben und deshalb mit leeren Händen, ohne einen Pfennig Arbeitsverdienst, oft auch in nothdürftigster Kleidung das Gefängnis verlassen. Diese Unglücklichen seien geradezu auf das Verbrechen angewiesen, wenn ihnen nicht sofort eine hilfreiche Hand nahe. Wie mancher Richter hat diesen Einwand, wenn er von einem Angeklagten erhoben wurde, bislang für hinfällig erklärt und tapfer darauf los verurtheilt, und manches ordnungsgläubige Blatt hat von Vergiftung der Volksseele gesehelt, wenn von sozialdemokratischer Seite auf den innigen Zusammenhang zwischen Elend und Verbrechen hingewiesen wurde!

Bemerkte sei noch, daß von 4549 Personen (3619 Erwachsene und 930 jugendliche Straftatler), welche im vorigen Jahre die Hilfe des Vereins in Anspruch genommen haben, 8634 (2782 Erwachsene und 5852 Jugendliche) durch den Arbeitsnachweis des Vereins in Arbeit untergebracht werden konnten. Die Armen wurden meistens aufs Land geschickt; die Leiden eines solchen „Kolonisten“ sind in einer kürzlich im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienenen Broschüre anschaulich geschildert worden.

Die Arbeiter-Eindlichkeit der Großen Berliner Pferde-bahn-Gesellschaft hält der Rücksichtslosigkeit, mit der sie das Publikum behandelt, so ziemlich die Stange. In denjenigen Neuerungen und Verbesserungen, die die Große Berliner Pferde-bahn-Gesellschaft als Gegenleistung für die Verlängerung ihrer Konzession einzuführen sich bereit erklärt hatte, gehörte auch eine Schutzvorrichtung für Kutscher, und zwar sollte diese in einer kleinen, an der Decke des Vorderpergons zu befestigenden Glas-scheibe bestehen, hinter welcher der Kutscher, wenn er dauernd gegen den Wind fährt, vor diesem Schutz suchen kann. Man hätte einem bürgerlichen Manne zufolge erwarten können, daß aus Menschlichkeitsrücksichten mit dieser Einrichtung schon für diesen Winter begonnen worden wäre, denn es handelt sich dabei um eine für die Verkehrssicherheit förderliche und keineswegs allzu kostspielige Anlage. — Aber welcher Narr wird Menschlichkeitsrücksichten bei einem Institut wie die von den Berliner Stadtverordneten verhängte Große Pferdebahn-Gesellschaft suchen? Der Aufenthalt in den Wagen der Pferdebahn ist bei der jetzigen Kälte geradezu gesundheitsgefährlich. Durch die raffinierte Einrichtung der im Wagen liegenden Füßdecken, welche alle Schmutzwasser in sich auffangen, ist dafür gesorgt, daß die Füße der Fahrgäste binnen ganz kurzer Zeit eisig erstarren und daß dem Passagier so zu einem Schnupfen, wenn nicht zu einer gefährlicheren Erkrankung verholzen werde. An die Heizung der Wagen, von der im vorigen Winter vielfach die Rede war, denkt heute kein Mensch mehr, und ebenso wenig fällt es der Gesellschaft ein, durch Ausbreitung einer dicken Strohschicht in den Wagen die Passagiere zu schützen. Das könnte ja, wenn auch noch so geringes Geld kosten, und welche andere Ausgaben hätte wohl die Große Pferdebahn-Gesellschaft zu erfüllen, als ihren Direktoren Lantien und ihren Aktionären Dividenden zu verschaffen?

Nach ist süß. Der Inhaber der Regenhardt'schen Buchdruckerei in der Kurfürstenstr. 37 hat, wie wir am 25. Dezember meldeben, sein ganzes Arbeitspersonal bis auf vier Personen kurz vor dem Feste entlassen und so den Lohnbetrag erpart, den er sonst zum Theil für die Feiertage zahlen müßte. Auch Aerger darüber, daß diese That durch und bekannt geworden ist, will der Prinzipal nunmehr seine alten Seher mehr einfließen, es sei denn, die Entlassenen verriethen ihm, wer die Angelegenheit dem „Vorwärts“ mitgeteilt hat. Das Malheur will nun, daß der brave Mann im blinden Eifer auf eine ganz falsche Fährte gerathen ist und Leute mahrgelst, die absolut unschuldig an der erforderlichen gewordenen Festnagelung seiner Handlungsweise sind.

Der eingetretene Frost giebt dem Polizeipräsidenten Veranlassung, warnend auf die gesundheitlichen Gefahren aufmerksam zu machen, die aus der Verwendung brennender Koks- oder beim Aufstauen eingefrorener Wasserleitungsrohre und Abfuhrrohre, sowie auch sonst zum Zwecke der rascheren Auströckung von Neubauten entstehen können. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß durch die solchen Koks- oder eisströmenden Gase wiederholt Unglücksfälle, Betäubungen, ja selbst Todesfälle verursacht worden sind.

Warum wird nur auf die gesundheitlichen Gefahren hingewiesen, welche diejenigen Arbeiter bedrohen, die gezwungen sind,

bei brennenden Kalkbänken ihre Arbeit zu verrichten? Man greife seitens der Behörde nur etwas dreifacher zu, die Röhren in Wasser zu tauchen, die Röhren in Wasser zu tauchen...

Kinderausbeutung. Die Buchhandlung von Alfred Dohow, Alle Jakobstr. 12, beschäftigt eine Anzahl Schulkinder...

Mehr als die Hälfte aller Berliner Ärzte übt Kasernenpraxis aus. Von den 2077 Kasernenärzten, welche der Reichsmedizinal-Kalender für dieses Jahr angibt...

Das chemische Institut der Universität in der Georgenstraße, das in den 60er Jahren erbaut ist, entspricht bei weitem nicht mehr den Anforderungen...

Im Berliner Aquarium gewahrt der Besucher nicht nur verschiedene auf mehrere Behälter verteilte neue Wäse aus dem Mittelmeer und der Nordsee...

Der Amtsvorsteher von Treptow hat den Vorstand des hiesigen Vereins für Feuerbestattung Ende voriger Woche aufgefordert...

Warnung. Eine Schrift, betitelt: Erzwungene Muse, von Fritz Friedmann (Verlag von Casar Schmidt in Zürich), Preis drei Mark...

Die Geschäftsräume des königl. Staatskommissars bei der Berliner Börse, Ober-Verwaltungsgerichts-Raths a. D. Demptenmacher...

Polizeilich inkubiert wurde gestern Morgen der Abriss der Umfriedigung des Ausstellungsgeländes...

Der Amtsvorsteher von Treptow hat die Gendarmerie angewiesen den Abriss der Holz- und Trautmannsriedigung des Ausstellungspartees unter allen Umständen zu verhindern.

Arbeiterrisiko. Zum Krüppel wurde am Montag Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr der 88 Jahre alte Maurer August Fischer aus der Bahnhofsstr. 6 zu Dalkdorf...

Unter der Aufsichtigung, 88 000 M. unterschlagen zu haben, ist von mehreren Handwerksmeistern gegen den Malermeister und Baunternehmer O. Schulz...

Tödlich verunglückt ist gestern, Dienstag, Nachmittag auf dem Terrain der Gewerbe-Ausstellung der Zimmermann Pettin. Derselbe war beim Abriss der Zentrale II der elektrischen Stationen im Vergnügungspart beschäftigt...

Nobis Gefallen. Gestern Nacht entstand vor dem Hause Alte Jakobstr. 83 zwischen den beiden Kellnern Morgner und Leuschner und den drei Schneidern Kummer, Glagel und Pauli eine Schlägerei...

Gestern Vormittag um 11 Uhr wurde auf einem an der Schlossbrücke liegenden Docks ein dort wohnhafter alter Schiffer mit einer schweren Verletzung am Kopfe todt aufgefunden...

Wegen großer Baaren-Unterschlagungen sind zwei seit mehreren Jahren bei dem Kurz- und Lebewarenhändler M. Grün, Kasserstr. 80, angestellt gewesene junge Leute...

Ein Rohrbruch in der städtischen Wasserleitung, der schon vor mindestens sechs Monaten stattgefunden haben muß, ist erst gestern entdeckt worden, nachdem das Wasser unter der Straßensfläche gewaltige Berührungen angerichtet hatte...

Unfälle im Straßenverkehr. Vor dem Hause Volbringerstr. 107 fand Montag Nachmittag ein Zusammenstoß zwischen einem mit Häcksen beladenen Rollwagen und einem Pferdebahnwagen der Ringbahn statt...

Druckfehler-Verrichtung. In der Kolig „Die ortsanwesende Bevölkerung Berlins“ (in Nr. 9, Beilage) ist auf der 10. Zeile zu lesen: ... 1891-95 im ganzen nur 12,12 pro Mille (statt: pCt.)...

Aus den Nachbarorten.

Mit der Legung des dritten und vierten Geleises auf der Strecke Berlin-Erner wird noch in diesem Jahre begonnen werden, nachdem eine erste Rate von 300 000 M. zum Ankauf noch fehlender Bahndämme bewilligt worden ist...

Vom preussischen Kampf gegen das Vereinswesen. Der Amtsvorsteher zu Weisense hat eine Verfügung erlassen, welche für das Vereinswesen von Bedeutung ist...

Plakate mit der Aufschrift: „Kündigung findet nicht statt“, die in nicht fabrikmäßigen Betrieben aushängen, sind nach einer neuesten Entscheidung der Kammer VI des Gewerbegerichts an und für sich noch nicht geeignet...

Änderung der Arbeitskraft im Konditoreigewerbe. Wegen eine Lohnentschädigungsklage des Konditors M., der rechtswidrig entlassen zu sein behauptete, wandte der beklagte Meister Perwiski ein, M. habe einen ganzen Tag durchgeschlafen...

Gerichts-Beitrag.

Der deutsche Genesfelder-Bund gewährt seinen Mitgliedern (Lithographen und Steindruckern) gegen Zahlung von Beiträgen Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen...

Die Fürsorge für die Familie. Wegen Vergehens gegen § 159 der Gewerbe-Ordnung war der Zimmermann Robert Schäge aus Charlottenburg, der einem Streikbrecher ins Gesicht geschlagen hatte...

Das Abladen einer Fuhr Mülk auf einem Wege der Köllnischen Wiesen bei Hixdorf ist dem Arbeiter Otto Puhmann aus Berlin theuer zu stehen gekommen...

Vom behördlichen Kampf gegen Arbeitervereine. Der Vorsitzende des Arbeiterbundes in Brauh, unser Parteigenosse Marx, wurde mit einem Strafmandat von 20 M. bedacht...

Annahme der Strafkammer der ganze Arbeiterbund zu einem politischen Verein und somit zu einem solchen Verein geworden, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckt. Uslar legte gegen das Urtheil Revision ein und machte geltend, er sei darum schon nicht strafbar, weil der Arbeiterbund bedeutend länger bestände, als wie er dessen Vorsitzender sei. Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision am 11. Januar in der Hauptsache zurück, änderte aber die rechtskräftig erlassene Eventualstrafe von 2 Tagen Gefängnis in 2 Tage Haft um. Gründe: Allerdings sei der Arbeiterbund schon vor längerer Zeit gegründet worden und auch früher lediglich ein Vereinigungsbund gewesen. Seine Eigenschaft habe sich aber infolge der Vertheilung der Gefängnisstrafe auf die Mitglieder völlig verändert. Von jenem Zeitpunkt ab könnte er nur noch als Verein angesehen werden, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle. Da nun Uslar während der Umwandlung des Bundes dessen Vorsitzender gewesen sei, hätte er alsbald das Mitgliederverzeichnis einreichen müssen. Für die Unterlassung müsse er demnach haften.

Der 12jährige Gemeindeführer Jho, der seine Eltern um ihre Ersparnisse im Betrage von 100 M. bestohlen hatte, ist dafür gestern von der 4. Strafkammer am Landgericht I zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden. Ob schon einmal ein Fall dagesungen ist, daß ein junger Taugenichts durch eine derartige Strafe wieder zum ordentlichen Menschen gemacht wurde?

Die Milchverforgung Berlins an Sonn- und Feiertagen wurde durch eine Verhandlung berührt, welche gestern vor der 14. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Der Milchhändler Dring hatte ein Strafmandat in Höhe von 8 M. erhalten, weil er am Aufstuge vormittags 11 1/2 Uhr vor seinem Geschäftsladen mehrere Kannen und Fässer mit Milch abgeladen hatte. Der hiergegen eingelegte Antrag auf richterliche Entscheidung hatte zur Folge, daß Dring sofortlos freigesprochen wurde.

Für Gastwirthe ist eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts von Interesse, die der III. Senat in seiner letzten Sitzung gefaßt hat. Sechs Stettiner Gastwirthe wurden im Oktober 1895 von der Polizeidirektion in Stettin aufgefordert, die Kosten der polizeilichen Revision ihrer Bierdruck-Apparate, die durch einen Sachverständigen vorgenommen worden war, an die Polizei-Verwaltungskasse abzuführen. Verlangt wurden je 2 M. und von einzelnen 3 M. Für den Fall der Weigerung drohte man die zwangswise Vertheilung an. Die bedachten Gastwirthe klagten dann gegen die Polizeidirektion im Verwaltungsstreitverfahren, indem sie die Verpflichtung bestritten, die Gebühren für die Revision zu tragen. Bezirksauschuss und Ober-Verwaltungsgericht erkannten zu ihren Gunsten. Der III. Senat des letzteren vertrat den Standpunkt, daß sich eine Verpflichtung der Gastwirthe zur Zahlung der Revisionsgebühren weder aus dem Gesetz, noch aus allgemeinen Grundgesetzen herleiten lasse. Eine Verfügung des Regierungs-Präsidenten in Stettin vom 25. Juni 1894 wurde, insofern sie diese Verpflichtung anspricht, für rechtswirksam erklärt.

Der prägelnde Nachtwächter und die Regierung in Bromberg. Am 14. Juli 1895 herrschte große Aufregung in der Kreisstadt Nalek; man hielt dort das posensche Provinzial-Sängerfest ab, und da war in den Städten begreiflicherweise „der Teufel los“. Abends nach 10 Uhr, zu einer Zeit, wo dort gewöhnlich die meisten Leute sich bereits dem Schlummertode anvertraut hatten, waren die Straßen an jenem Tage noch außerst belebt. Besonders in der Nähe des Rathhauses hielt sich noch viel Volks auf, um den Zug der Sänger zu erwarten, der bald vom Schützenhaufe herannahen mußte. Lustige Gesellen vertrieben sich inzwischen die Zeit mit allerlei Schabernack; so fand ein komisch lebhaftes Vergnügen daran, einen betrunkenen Hausdiener wogerecht mit der Erde in Berührung zu bringen und ihn in Laub einzuhüllen. Der Schiffsgehilfe Uberschuss kam dazu, und es dauerte nicht lange, so hatte er sich mit dem Ulbruder gepackt und wälzte sich mit ihm auf der Erde herum. Aber jeht — o Graus! nahte sich der Bürger nächstlicher Schutzhelfer, Herr Nadelabulla, der nicht lange fadelte, sondern bald mit dem Stoc, seiner Nachwachswurde äußerem Zeichen, dazwischen blieb. Die Staatsanwaltschaft nahm sich des Schiffsgehilfen, der die Prägeln bekommen hatte, insofern an, als sie gegen Nadelabulla ein Vorverfahren wegen vorsätzlicher Körperverletzung, begangen bei Ausübung des Dienstes, veranlaßte. Zwei Zeugen erklärten, N. habe sofort drauflos geschlagen, zwei andere, er hätte erst vergeblich die Ringenden auseinander zu bringen versucht. Die Strafkammer in Schneidemühl beschloß hierauf die Eröffnung des Hauptverfahrens. Nun traten jedoch die Herren von der Regierung in Bromberg auf den Plan und erhoben zu Gunsten des bedrängten Nachtwächters den Konflikt. Der brave hieße Schuldlos da, denn die beiden Kämpen hätten durch ihre Dalkstarrigkeit ihn gezwungen, zum Stoc zu greifen, und bei der Erfüllung seiner Dienstpflicht, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu erhalten, fände ihm sehr wohl das Recht zu Exekutivmaßnahmen zu. Das Ober-Landesgericht sagte in seinem Gutachten: Sei der Nachtwächter auch Polizist, so dürfe er doch nur in den Fällen von der Waffe Gebrauch machen, für die es die Dienstinstruktion für die Gendarmerie vom 30. Dezember 1890 gefaßt. Ein solcher Fall liege nicht vor und seine Handlung stelle somit eine bei Ausübung seines Amtes begangene vorsätzliche Körperverletzung dar. Am 8. Januar beschäftigte sich dann der I. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts mit dem Konflikt der Bromberger Regierung. Wie aus dem Referat hervorgeht, ist der Ordnungsgeld Nadelabulla, Nachtwächter in Nalek, schon vorbestraft mit drei Monaten Gefängnis wegen — Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Verleumdung. Eine hübsche Ironie des Schicksals! — Der Senat unter dem Vorsitz des Präsidenten Persius wies den Konflikt der Regierung in Bromberg als unbegründet zurück, so daß das Strafverfahren seinen Fortgang nehmen kann.

Der Verleumdungsprozeß des Hofsprengers a. D. Stöder gegen den Redakteur des Stumm'schen Blattes, Schwuchow, der auf gestern Vormittag anberaumt war, ist auf Nachmittag 2 Uhr vertagt worden, da zu der festgesetzten Zeit weder der Privatkläger Hofsprenger a. D. Stöder noch sein Anwalt erschienen waren. Der Angeklagte, Redakteur Schwuchow, und sein Verteidiger, Justizrath Poly-Saarbrücken, erklärten, daß sie ein großes Interesse an der Verhandlung hätten und deshalb mit der Vertagung einverstanden seien. Freiherr v. Stumm ist kommissarisch vorgekommen worden. Es handelt sich um eine vom König Stumm am 12. April vorigen Jahres gegen die Christlich-Sozialen gehaltene Paule, in der Stumm von Stöder sagte, daß in allen anständigen Kreisen seine besten Anhänger ihm den Rücken zuwenden. Wegen dieser Rede hat Stöder sowohl gegen Stumm als auch gegen den Redakteur seines Schicksals, der die Rede abdruckte, Privatklage erhoben. Wegen Stumm kann erst nach Beendigung der Reichstags-Session verhandelt werden.

Der aussichtsreiche erste Sekretär am Amtsgericht I in Moabit, Kanzleirath W. Sparfeld, ist am Sonntag, 68 Jahre alt, an den Folgen einer Operation verstorben. Der Gerichtsberichterstatler begleitete diese Weidung mit der Bemerkung, daß es Sparfeld gelungen sei, sich zum bestbezahlten Beamten des Moabiter Kriminalgerichts aufzuschwingen.

Gewerkschaftliches.

Zug von Arbeitern nach Hamburg ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegung aufs strengste fernzuhalten! Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (H. Millarg, Berlin S., Anckenstr. 16.)

An die Zimmerer Berlins und Umgegend! Gemäß dem Beschlusse der öffentlichen Versammlung vom 6. d. M. fordern wir unsere Berufsgenossen hiermit auf, sich so schnell wie möglich in den Besitz der neuen Legitimationskarten zu sehen und für

die größte Verbreitung derselben zu sorgen. Die Karten werden täglich in unserem Bureau, Grenadierstr. 33, ausgestellt. Die Lohnkommission.

An die Händler und Marktreisende! Am 1. Januar ist ein Gesetz in Kraft getreten, das geeignet ist, tausende unserer Berufsangehörigen in ihrer Existenz schwer zu bedrohen. Den reaktionären Vertretern im Reichstag ist es gelungen, durch die unmotivirtesten Beschuldigungen gegen unseren Stand die Beschränkungen der Ausübung unseres Gewerbebetriebes durchzuführen. Es scheint deshalb an der Zeit, uns in einer guten Organisation gegen die weiteren Einschränkungen des Gewerbebetriebes zu wehren. Am Freitag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, wird im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, eine öffentliche Versammlung der Händler, Händlertreuer und Marktreisenden mit folgender Tagesordnung abgehalten: „Was ist gegen die Einschränkung unseres Gewerbes und gegen polizeiliche Maßregelung zu thun?“ Versäume keiner, diese Versammlung zu besuchen. Die Agitationskommission.

An die Hausdiener, Kutscher, Packer und Möbeltransportarbeiter Deutschlands! Kollegen! Auf unserem außerordentlichen Kongress in Alenburg wurde beschlossen, einen Zentralverband zu gründen. Die als provisorischer Vorstand gewählte Kommission hat sich nunmehr konstituiert und ist damit der Verband in Funktion getreten. Wir ersuchen nunmehr, an allen Orten Deutschlands, wo dies möglich ist, Verwaltungsstellen zu bilden, resp. sich diesbezüglich mit dem Unterzeichneten ins Einvernehmen zu setzen. Material steht auf Verlangen sofort zur Verfügung. Die Berliner Verwaltungsstelle ist bereits in Thätigkeit getreten, und befindet sich das Vereinskonto einweilen bei Glauninger, Alte Jakobstraße 83. Bureauarbeiten täglich abends von 8-10 Uhr. Während dieser Zeit können sich Mitglieder aufnehmen lassen und werden Beiträge entgegen genommen. Mitglieder der bestehenden Lokalvereine zahlen keine Einschreibgebühr und behalten ihre bereits erworbenen Rechte. Näheres in der am 15. d. M. erscheinenden ersten Nummer des Fachblattes „Courier“. Kollegen! Die Grundlage für eine starke, kräftige Organisation ist geschaffen, eure Sache wird es nun sein, durch fleißige Agitation den Verband zu einer gediegenen und leistungsfähigen Organisation zu machen. Der provisorische Zentralvorstand, J. A. Oswald Schumann, Berlin 80., Alalbertstraße 47, pt.

In Stettin und Umgegend sind die Former in Differenzen gerathen. Sie ersuchen die auswärtigen Kameraden, dies zu beachten.

In Lübeck wurden drei Arbeiter wegen Bedrohung und thätlicher Verletzung von drei Thiel u. Söhne arbeitenden Personen zu Strafen von 6, 8 und 18 Monaten verurtheilt. In letzteren Falle handelte es sich um eine Thätlichkeit gegen eine Arbeiterin, die etwa einen Monat danach gestorben ist; es ist jedoch in keiner Weise festgestellt, daß der Tod in Zusammenhang mit der Mißhandlung gestanden hätte.

Aus Harburg wird gemeldet: Die Schließung der hiesigen Zablische des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, die seitens der Polizei im Juli v. J. erfolgte, ist in dem schriftlichen Urtheil des Stadter Landgerichts, das sich am 23. Dezember mit der Sache beschäftigte, nicht bestätigt, da weder das Vergehen als ein sehr erhebliches anzusehen war, noch erschwerende Umstände vorlagen. Das Urtheil ist jedoch noch nicht rechtskräftig, da vom Verurtheilten Revision angemeldet ist.

Das Leipziger Gewerkschafts-Kartell hat in seiner letzten Sitzung einen Antrag angenommen, der die Gewerkschaften darauf verweist, daß bei Stellung von Forderungen an die Unternehmer nicht wie bisher nur Prozentschläge für Ueberzeit-Arbeit verlangt werden sollen, sondern daß man die Vermeidung der Ueberzeit-Arbeit erstreben und wenn irgend möglich, den Punkt: Verweigerung der Ueberzeit-Arbeit, in die Forderungen einreihen soll. Zweck dieser Maßregel ist, den Arbeitlosen mehr Arbeitsgelegenheit und den beschäftigten Gehilfen bei regelmäßiger Arbeitszeit bessere Löhne zu verschaffen. Anlaß zu diesem Antrag gab die allzu ausgedehnte Ueberzeitarbeit in verschiedenen Branchen; selbst im Bauwesen sind diesen Winter die längsten Arbeitszeiten — es wird bei elektrischem Licht gearbeitet — an der Tagesordnung. — Ein Antrag, den Verein Gewerkschafts-Kartell in eine Gewerkschaftskommission umzuwandeln, ist von der Versammlung abgelehnt worden. Der Verein bleibt also bestehen, wie er ist.

Ein Nachspiel zum Leipziger Buchbinderstreik. Die Führer des Leipziger Buchbinderstreiks, Buchbinder G. N. Roth, hat in Wabring der Interessen der Buchbinder dem Unternehmer Wilhelm Scheffel am 27. September geschrieben, daß eine Buchbinderversammlung auf solange die Sperre über sein Geschäft verhängen würde, bis er die von ihm ausgesperrten Arbeiter wieder eingestellt habe und die Streikbrocher entlassen seien. Das Leipziger Landgericht verurtheilte Roth hiesfür wegen versuchter Erpressung zu zehn Tagen Gefängnis. Ein ähnliches Urtheil ist seinerzeit bekanntlich gegen unseren Genossen Dertel in Nürnberg gefaßt worden, der bei einer Verhandlung mit dem Fabrikanten Marschütz diesen auf die Folgen aufmerksam gemacht hatte, die durch Verweigerung der Arbeiterforderung für ihn entstehen würden. Es ist anzunehmen, daß die Gerichte mehr und mehr zu der Praxis übergehen, das Androhen von Nachtheilen für den Fall der Verweigerung von Arbeiterforderungen als „Erpressung“ zu bestrafen; das Gescheitete ist demnach, bei Verhandlungen mit den Fabrikanten alle dergleichen Aeußerungen zu unterlassen, die der deutschen Rhein's Gelegenheit zur Aktion bieten können.

Der Porzellanarbeiter-Streik in Dalkwih in Böhmen ist noch immer nicht zu Ende. Der Streik begann am 15. September vorigen Jahres.

Ueber die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Dänemarks im Jahre 1896 wird uns geschrieben: Das letzte Jahr begann mit der Ansperrung von 400 Kopenhagener Schuh-Arbeitern, da sie sich einer Lohnreduktion nicht fügen wollten. Nach dreimonatigem Kampfe erlangten die Arbeiter eine Erhöhung von 10 pct. gegen die früher gezahlten Löhne. Ebenso führte der Streik im Falkeer Kalkbruch nach viermonatigem Kampfe zu dem günstigen Resultat, daß den Arbeitern ihr Vereinsrecht erhalten blieb und daß die sozialdemokratische Bewegung sich seitdem auf Südschland in schnellstem Emporbühen befindet. In Helsingör wurden auf einem Schiffsbauwerft 1000 Mann ausgesperrt. Nach Verlauf von 14 Tagen siegten die Arbeiter. In Jütland handelte es sich bei mehreren Streiks der Landarbeiter um Wahrung ihres Organisationsrechtes, was auch in allen Fällen erreicht wurde. Die Frauen haben durch gemeinsames Vorgehen in Odense, Ribe und an anderen Orten Lohnreduktionen erreicht. Besonders günstige Resultate erzielte der Arbeiterinnenverband in Kopenhagen durch gütliche Verhandlung in der Schortenfabrik, während es bei Holm u. Söhne zu einem großen Streik kam, der für 100 Arbeiterinnen mit einer Lohnreduktion endigte.

Um der Organisation der Arbeiter beizugehen zu können, beginnen die Unternehmer mehr und mehr Verbände zu bilden, die es auch in einem Falle (in dem großen Maurer- und Zimmererstreik in Jütland) versucht haben, der Arbeiter-Organisation die Spitze zu bieten, was aber mit einem kläglichen Fiasko der Unternehmer-Organisation endete.

Die Arbeitsmännerverbände in Jütland, Fünen, Seeland und Kopenhagen zählen 17 000 Mitglieder, der dänische Maschinenarbeiter- und Schmeibeverband 4500 Mitglieder. Wie gut sich die Verbände entwickeln, beweist z. B. der Buchbinderverband, der Anfang des Jahres 100 und jezt 800 Mitglieder zählt. Die Gesamtzahl der Fachvereinsmitglieder Dänemarks beläuft sich auf etwa 48 000.

Schwedische Arbeiterbewegung im Jahre 1896. Die schwedische Arbeiterbewegung hatte im vergangenen Jahre schwere Kämpfe zu bestehen. Im März kam der große Malerstreik zum Ausbruch, der der mangelhaften Organisation wegen mit einer völligen Niederlage der Arbeiter endete. Der Haseuarbeiterstreik führte zu einem so glänzenden Siege, da hier eine musterartige Organisation vorhanden war. Die Pfingstfeiertage brachten den Streik der Straßenkehrer in Stockholm, wobei die verlangte geringe Lohnreduktion erzwingen wurde. Im Juni brach der Nabenarbeiterstreik aus, nachdem man drei Vierteljahr lang versucht hatte, eine Einigung mit den Unternehmern zu erzielen. Der Lohnkampf dauerte über 7 Wochen und endigte ebenfalls mit dem Siege der Arbeiter. Während diese Streiks hauptsächlich Stockholm Arbeiter betrafen, erstreckte sich der große Tabakarbeiterstreik über ganz Schweden. Er begann mit einem kleinen Konflikt in einer Söderborger Fabrik und entwickelte sich zu einer allgemeinen Arbeitersperre. Im November gelang es der Vermittlung der sozialdemokratischen Parteileitung, ein Kompromiß zu Stande zu bringen, das für die Arbeiter im ganzen günstig war, namentlich für die Stockholm und Malmer Arbeiter.

Die Bedeutung des Jahres 1896 für die Arbeiter liegt aber namentlich darin, daß eine Menge neuer Gewerkschaften entstanden und daß diese durch den Anschluss an die sozialdemokratische Partei mit anderen Organisationen Fühlung erlangten.

Der schwedische Bäcker-Arbeiter-Verband hielt in diesen Tagen in Stockholm eine Versammlung ab, wo u. a. folgende Forderungen aufgestellt wurden: Eine zusammenhängende Arbeitszeit von zehn Stunden. Für Nachtzeit und Wahlzeiten findet eine zweifelhafte Arbeitsunterbrechung statt. Die Arbeit beginnt an den Montagen sowie an den Tagen nach den Feiertagen um 4 Uhr, für denjenigen, der den Teig anrichtet, um 2 Uhr. Das Baden am Sonnabend Nachmittag sowie das Baden Montag früh wird zusammen als ein Arbeitstag von 14 Stunden gerechnet. Am Sonnabend Abend schließt alle Arbeit um 12 Uhr. Ueberstunden sind mit 40 Oere für verantwortliche Arbeiter, mit 30 Oere für Unterarbeiter zu bezahlen. Kost und Logis im Hause des Meisters hört auf; der Lohn wird in baarem Gelde ausgezahlt nach einer Minimalabgabe, die sich zwischen 26 Kronen für Vorarbeiter und 18 Kronen für Hilfsarbeiter bewegt.

Die englischen Eisenbahn-Angestellten haben an sämtliche Direktionen der Eisenbahnen das Verlangen gestellt, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Dienst zu erleichtern. Wenn die Direktionen keinerlei Konzessionen machen, wollen die von dem schweren Dienste am meisten betroffenen Kategorien die Arbeit einstellen. Bei der starken Organisation der englischen Eisenbahner ist zu hoffen, daß es die Unternehmer nicht bis zum äußersten kommen lassen werden.

Der Kongress des englischen Kohlengräber-Bundes wählte in seiner letzten Sitzung seinen früheren Präsidenten, das Parlamentmitglied Picard, auch für das nächste Jahr zum Bundespräsidenten und beschloß sowohl den Internationalen als den Englischen Gewerkschaftskongress zu beschicken.

Unternehmer-Verbände.

Die selbständigen Kürschnermeister Berlins hatten den Kürschnerfabrikanten einen Tarif unterbreitet. Die Fabrikanten haben sich nun zu einem Ring zusammengeschlossen und den Tarif für diese Saison bewilligt. Jeder Fabrikant verpflichtete sich durch Unterzeichnung eines auf 3000 M. lautenden Wechsels, den Tarif einzuhalten, und selbst solchen Meistern, die billiger arbeiten wollen, keine niedrigeren Preise zu bezahlen, als darin festgesetzt sind. Bis auf drei Fabrikanten, die den Tarif aber ebenfalls zahlten, sind alle Fabrikanten der Vereinbarung beigetreten.

Ein Streik der Bäckermeister ist in Lodève in Frankreich ausgebrochen. In dieser Stadt besteht eine vom Magistrat festgesetzte Taxe, wonach das Brod verkauft werden muß. Die Bäckermeister nahmen nun eine Erhöhung der Getreidepreise zum Vorwand, um die Abschaffung der Taxe zu verlangen. Da der Maire (Bürgermeister) diesem Verlangen nicht nachkam, beschloßen die Bäcker ihre Böden zuzumachen und nicht mehr zu backen. Einen Abend waren die Einwohner ohne Brod, am nächsten Tage schickte die Verwaltung der Nachbarstadt Montpellier 2000 Kilogramm Backweil.

Soziales.

Haben Konsumvereine und Kaffee-Konzeptionspflicht? Bis zum 1. Januar 1897 waren konzeptionspflichtig nur die Gewerbetreibenden, die Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betrieben, sowie diejenigen Gewerbetreibenden, die Wein, Bier oder andere Getränke als Schnaps in Ortschaften mit weniger als 15 000 Einwohner oder in solchen Ortschaften verschäulen, für welche die Konzeptionspflicht nach Ortsstatut festgesetzt ist. Vom 1. Januar 1897 ab ist die Konzeptionspflicht durch die be-kannte Novelle in demselben Umfang (also bei Schnaps stets, bei Bier u. s. w. nur in Ortschaften unter 15 000 oder in ortstatutarisch bedachten Gemeinden) auf alle Vereine ausgedehnt, welche den gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsbedarfnissen in großen und deren Abfall im kleinen zum ausschließlichen oder alleinigen Zweck haben, auch auf die bereits bestehenden und auch für den Fall, daß der Betrieb auch auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Die Landesregierung kann diese Konzeptionspflicht — aber nicht bezüglich des Bieranschlusses — auch auf andere Vereine ausdehnen. In Preußen ist, wie bereits mitgeteilt, vom Minister die Anweisung erlassen, die Militärkassinos als solche Vereine, die den gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsbedarfnissen im großen und deren Abfall im kleinen zum ausschließlichen oder alleinigen Zweck haben, nicht zu erachten und auch nicht als solche anzusehen, die durch Bestimmung der Landesregierung der Konzeptionspflicht zu unterwerfen sind. Es findet also die Konzeptionspflicht vom 1. Januar 1897 auf die im Eingang erwähnten Vereine, die den oben gedachten Zweck haben, Anwendung. Vom 1. April ab sind ferner alle Vereine, also zum Beispiel Logengesellschaften, katholische Gesellen- und Gesangsvereine, bürgerliche Kaffee u. s. w., der Konzeptionspflicht unterworfen. Nur die Militär-Kassinos sollen ohne Konzeption essen und trinken lassen. Welche Gründe waren hierfür maßgebend? Stimmt diese Auslegung mit dem Gesetz?

Die Ausföhrung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung liegt in Ungarn außerordentlich im argen. Nach dem Bericht des Handelsministeriums, also einer amtlichen Quelle, sind in großen Industriebetrieben, die auch nachts im Gange, die Arbeiter volle 24 Stunden in Arbeit, selbst Kinder werden vielfach zur Nachtarbeit herangezogen; viele Unternehmer behalten einen Theil des Arbeitslohnes zurück und zahlen ihn erst im Winter, um sich für den Sommer, wo die Feldarbeiten günstigere Arbeitsgelegenheit gewähren, ihre Arbeiter zu niedrigeren Löhnen zu sichern. Häufig machen auch die Unternehmer unredlicher Weise Abzüge von dem Arbeitslohn für Kost und Getränke. Nach den Berichten der Gewerbe-Inspektoren beschaffen manche Unternehmer die Schutzvorrichtungen an Maschinen nicht selten lediglich deshalb, um sie den Gewerbe-Inspektoren, wenn sie die Fabrik betreten, vorzeigen zu können, nicht aber um sie regelmäßig anzuwenden; infolge dessen verschweigen sie auch häufig die wahre Ursache der Unfälle. Bei der Korruption der ungarischen Polizei, die mit dem Unternehmertum unter einer Decke spielt, ist das klägliche Resultat des gefehlichen Arbeiterschutzes ganz natürlich. Ebenso natürlich aber auch das Ausblühen der Arbeiterbewegung, das auch durch die brutalsten Maßnahmen der Polizei und der Unternehmer nicht zu verhindern ist.

Verfassungen.

Der Zentralverband der Maurer (Zahlstelle Berlin I) hielt am 3. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Bevollmächtigte begrüßte die Mitglieder zum neuen Jahre und sprach den Wunsch aus, daß auch in diesem Jahre die Agitation für den Verband eine recht rege Unternehmung erfahre. Hierauf trat der Gesangsverein „Gemüthlichkeit“ einige mit Beifall aufgenommene Lieder vor. Das Andenken an das verstorbenen Mitglied Zugowski ehrt die Versammlung in der üblichen Weise. Laut Bericht des Bevollmächtigten haben im verwichenen Jahre 14 Mitglieder versammelt stattgefunden, darunter 2 außerordentliche, in welchen hauptsächlich über die Lohnbewegung verhandelt wurde. Verwaltungssitzungen haben 15 stattgefunden, in welchen Rechtschutzgesuche und innere Verbandsangelegenheiten erledigt wurden. Die Korrespondenz der Zahlstelle hat sich infolge der Lohnbewegung von 158 Sendungen im Vorjahr auf 881 vermehrt. Die Klagesachen, die von der Zahlstelle im Interesse der Mitglieder angestrengt wurden, hatten ein zufriedenstellendes Resultat. Mit den Ertragsverhältnissen der Lohnbewegung im vergangenen Jahre können die Mitglieder zufrieden sein, doch werde voraussichtlich in diesem Jahre der Kampf ein hartnäckiger werden, und das Zusammenhalten sämtlicher Kollegen erfordern; darum ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, den noch fernstehenden Kollegen an die Organisation heranzuziehen. Die hierauf vorgenommene Neuwahl der Verwaltung ergab folgendes Resultat: Lehmpfuhl erster, Richter zweiter Bevollmächtigter; Kelpin erster, Lehmann zweiter Kassier; Marker Schriftführer; Kurzmann, Dammshneider und Pökel Wächterkontrollen. Zu Delegirten für den Verbandstag wurden Lehmpfuhl und Kelpin gewählt. Vogel bemängelt, daß verschiedene Mitglieder trotz des entgegenstehenden Beschlusses immer wieder bei sogenannten Puhweibern Arbeit nehmen. Das Verhalten der betreffenden wurde einer sehr abfälligen Kritik unterzogen und vom Bevollmächtigten gerügt. — Der Besuch der „Urania“ ist nicht, wie irrtümlich im letzten Versammlungsbericht angegeben, für den Todestag, sondern zum ersten Osterfeiertag und zum Fasttag gesichert.

Die Filiale II tagte am demselben Abend bei Cohn, Beuthstraße 22. Vor Eintritt in die Tagesordnung erwiderte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen dem verstorbenen Mitgliede August Pape die übliche Ehrenbezeugung. Nach einer kleinen Ansprache des Vorsitzenden trat man in die Verhandlungen über die Änderungen der Statuten ein. Beschlossen wurde, dem Verbandstag zu empfehlen, bis zu 500 Mitgliedern einen Delegirten zu entsenden und bei kleineren Zahlstellen entsprechende Wahlabschlüsse zu bilden. Zu Delegirten wählte man Silber Schmidt und Frische und zum Ersatzmann Panzer. Die hierauf verlesene Abrechnung ergab für das vierte Quartal 1896 inkl. eines Bestandes von 88,92 M. eine Einnahme von 1799,40 M. und inkl. 1800 M., die an die Hauptkasse gesandt wurden, eine Ausgabe von 1775,63 M. Die gesammte Jahreseinnahme betrug 4973,82 M. und die Aus-

gabe 4810 M. An die Hauptkasse wurden 3512,85 M. überwiesen. Die Mitgliederzahl belief sich am Schlusse des Jahres auf 1147. Der Vergütungsfonds wies 76,40 M. auf. Anknüpfend an die Abrechnung gab Silber Schmidt den Versammelten einen kurzen Rückblick auf die Lohnbewegung im Jahre 1896. Redner betonte, daß man die Erregung des Neuanfanges nur den organisierten Kollegen zu verdanken habe, die mit unermüdlichem Fleiß fortwährend an die Interessierten herantreten waren, um ihnen die Bedeutung einer Vertikung der Arbeitszeit darzulegen. In diesem Jahre dürfte die Lohnbewegung größere Dimensionen annehmen als im vorigen Jahre; denn alle die großen Bauten, die in diesem Jahre in Angriff genommen würden, werden von kapitalkräftigen Unternehmern ausgeführt. Mögen sich deshalb die Maurer nicht von Utopien leiten lassen, die verchiedene Personen aufstellen, indem sie sagen, sie gebrauchen keine Organisation, sondern wenn die Zeit zum streiten gekommen ist, werden selber gesammelt und in die Bewegung eingetreten. Diese Auffassung sei falsch; die Organisation bilde den Grundpfeiler der Bewegung. Und so rufe er allen Mitgliedern der Zahlstelle II zu, auch im neuen Jahre wieder thätig für den Zentralverband der Maurer Deutschlands zu agitieren. Fleischer Beifall folgte den Ausführungen.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch Abend von 9-10½ Uhr: Südostschule, Waldemarstr. 14: Geschichte (Alte Geschichte, Urgeschichte, Entdeckung der Religionen, Orientalische Völker, Griechen und Römer). Herr Dr. G. Klein — Nordostschule, Brunnstr. 28: Deutsch (Die deutsche Literatur des neunzehnten Jahrhunderts). — Vorkurslehre. Herr Heinrich Schulz.
Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Lektürematerials schon von 8 Uhr abends geöffnet.
Am 10. Januar wird voraussichtlich die geplante öffentliche Versammlung, die mit Zeitungen, Zeitschriften und Büchern reich ausgestattet ist, für die allgemeine unentgeltliche Benutzung eröffnet.
Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgegend. Vorsitzender Ad. Hennmann, Postenwärtstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kottum, Montanstr. 49, v. 2 Z.
Club der gefälligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Aufschriften, den Club betreffend, sind zu richten an P. Gentl., S. Dresdenerstr. 107/8.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuser Damm 72.
Landmannschaft der Schilowia-Beitzer. Deutscher Abend 8½ Uhr: Generalversammlung im Vereinslokal, Generalfestplatz, Alte Jakobstr. 75.
Bildungsverein „Neuer Licht“. Deutscher Abend 8½ Uhr, Kommandantenstraße 20 (Kaminbänke): Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung, zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.
Langfellow, English Conversational & Reading-Club. Meeting every Wednesday, 9 o'clock at Tattenboms, 91 Wall-Street. Guests are welcome.
Theater- und Vergnügungsverein Belgoland. Sitzung heute Abend 8 Uhr, Adrestr. 14.

Vermischtes.

Aus Chur wird berichtet: Nach der vorläufigen Schätzung beträgt der durch das Feuer in dem Dorfe Zizers angerichtete Schaden 200 000 Fr. Es ist ein Hilfskomitee gebildet worden.
Der Verkehr auf der Eisenbahnlinie Mailand—Venedig ist infolge zahlreicher Erdstöße unterbrochen. Der Lauf des Flusses

Crosto ist bei Acqui durch einen Felssturz gehemmt; es hat sich daselbst ein großer See gebildet.

In New-York ist vom 26. Dezember bis zum 2. Januar keine englische Post eingetroffen. Die Vereinigten Staaten waren eine ganze Woche von aller Postverbindung mit England abgeschnitten. Die New-Yorker Kaufleute, die darüber nicht wenig erbost sind, behaupten, daß das britische Postamt daran Schuld trage. Es befördere die Post mit langsamen Schiffen, auch wo Schnelldampfer zu haben wären.

Die Pest in Indien. Der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge hat der oberste Sanitätsrath unter dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß für Oesterreich-Ungarn die Gefahr eines epidemischen Auftretens der Pest absolut nicht besteht, beschloffen, dennoch zur Vermeidung der Einschleppung dem Ministerium des Innern vorzuschlagen, daß die in der Dresdener Konvention festgesetzten Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung der Cholera unverzüglich auch in betreff der Pest in Wirksamkeit treten. — Drei Viertel aller Kattunfabriken haben infolge der Pest ihren Betrieb eingestellt. Die Panik unter den Indiern ist so groß, daß nicht sie zur Arbeit treiben kann. Sie fürchten, sie möchten in die Fabriken eingesperrt werden. Sanitäre Maßregeln, Desinfektion u. dergl. machen hier auf sie gar keinen Eindruck.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von hiesigen Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; es vertritt sich aber ausschließlich basierend, mit dem Inhalt derselben identisch zu werden.

Die Angaben über den Superintendenten Hensel in Spandau auf Seite 22 des „Märkischen Landboten“ sind, wie ich mich aus Nr. 246 des „Vorwärts“ vom Jahre 1896 überzeugt habe, unrichtig und durch ein bedauerliches Versehen in den Kalender aufgenommen worden.
Paul Hennig, Zionskirchstr. 24.
Verleger des „Märkischen Landboten“.

Briefkasten der Redaktion.

Schriftliche Antwort zu ertheilen lehnen wir auch dann ab, wenn Briefmarken den Anfragen beilegen.
S. Klinge. Behält sich der Fall so, wie Sie schildern, dann war es eine geradezu fröhliche Unglückseligkeit von Ihnen, daß Sie dem Fiegel keine empfindliche Lektion gegeben haben.

Briefkasten der Expedition.

Nr. 999. Gegen Einsendung von 2,20 M. können Sie ein derartiges Buch von unserer Buchhandlung haben.

Wetter-Prognose für Mittwoch, 13. Januar 1897.

Ein wenig wärmeres, vorwiegend trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und schwachen südöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Volks-Versammlung

Donnerstag, den 14. Januar 1897, abends 8 Uhr, in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20:

Tages-Ordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Wurm** über Volksernährung und Volksereinnommen. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann. 213/4

Achtung! **Achtung!**
4. Wahlkreis „Süd-Ost“.
Heute, Mittwoch, abends 8½ Uhr:

Gr. öffentl. Volks-Versammlung
im Lokal **Sanssouci**, Kottbuserstr. 1a.
Tagesordnung: Der Hamburger Streik. Referent Genosse **Dietrich** aus Hamburg. Diskussion.
Die Vertrauensperson. 215/18

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8½ Uhr: im Lokal des Herrn **Buske**, Grenadierstraße 33:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten **Genossen Dupont** über „Vorgänge im Rothem Hause“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und Kassiers über das 4. Quartal 1896. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.
Um zahlreiches Besuch bitten
Der Vorstand. 245/4

Achtung! **Achtung!**
Parteigenossinnen u. Genossen!

Grosse Volksversammlung
Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im „Berliner Brater“, Kastanien-Allee.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: Die Sozialdemokratie in der Volksschule. 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht
Die Vertrauensperson der Frauen Berlin.
Vorläufige Anzeige: Montag, den 18.: Volksversammlung bei **Keller**, Rappentstraße 20. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Pens** über die demoralisierende Wirkung des Gegerlages von Reich und Arm.

Achtung! **Achtung!**
Adlershof. **Achtung!**

Grosse öffentliche sozialdem. Partei-Versammlung
am Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn **Schrey** in **Röpnitz**.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes und der Revisoren und Wahl derselben. 2. Bericht der Parteileitung und Neuwahl der Kommission. 3. Bericht der Vollkommission und wichtige Stellung nehmen wir ein gegenüber dem Verhalten der Saubereiter von **Adlershof**.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann. 203/1

Lese- und Diskutir-Klub „Süd-Ost“.
Sonntag, den 17. Januar 1897:

V. Stiftungs-Fest
in **Joël's Festsälen**, Andreasstraße 21, unter gütiger Mitwirkung des **Gesangsvereins Tiederlust** (Mitgl. d. A.-S.-B.) und des berühmten **Berliner Uk-Trios**.

Festrede gehalten von **Reichstags-Abgeordneten A. Bebel**.
Prolog gesprochen vom Genossen **Albert Massini**.
Von 4 Uhr ab im kleinen Saale: **TANZ**.
Anfang 4 Uhr.

Billets sind bei den bekannten Genossen des 4. Wahlkreises zu haben.
65/16

Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravatten-Branche.

Mittwoch, den 13. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn **Buske**, Grenadierstr. 33:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars. 2. Diskussion. 3. Wahl des Gesamtvorstandes. 4. Besprechung über die nächste **Urania**-Vorstellung. 5. Beschiedenes. 251/4
Die Zahlstelle für Süd und Süd-Ost des Vereins befindet sich bei **Frau v. Hofstetter**, Luisen-Ufer 46, part. Daselbst werden auch Mitglieder aufgenommen. Ausgabe der Billets zu dem am 6. Februar im **Schweiger Garten** stattfindenden **Wästenball**.
Der Vorstand.

Graveure und Ciseleure.

Heute, Mittwoch, den 13. Januar 1897, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn **Feuerstein**, Alte Jakobstr. 75:
Öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Delegirten vom Kongress. 2. Wahl des **Zentralvorstandes**. 3. Wahl der **Kontrollkommission**. 4. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 5. Beschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten
Der Vertrauensmann. 38206

Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn **Neumann**, Pasewalkerstrasse 3:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin **Frau M. Kobriack** über: „Die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft in der modernen Großindustrie“. 2. Diskussion. 3. Kassendbericht. 4. Verhandlungsangelegenheiten. 5. Beschiedenes. 64/1
Um zahlreiches Besuch bitten
Die Bevollmächtigten.

Marmor- und Granit-Arbeiter.

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr: im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c.
Tagesordnung: 1. Was wollen wir? 2. Diskussion.
Im Auftrage mehrerer Marmorarbeiter!
Die Agitations-Kommission der Steinarbeiter Berlins.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr, in **Königsbank**, Große Frankfurterstr. 117:
Grosse öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Der Arbeitsnachweis der Fabrikanten, die schwarzen Listen und Provokation einzelner Fabrikanten und wie stellen wir uns dazu? 2. Beschiedenes. 171/13
Die Agitationskommission.

Wahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Versammlung
am Donnerstag, 14. Januar, abends 8 Uhr, in **Bismarckshöhe**, Wilmerdorferstr. 39 in Charlottenburg.
Tagesordnung: Vortrag des Genossen **Gremp**. Diskussion. Abrechnung vom 4. Quartal. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand. 250/4

Klempner!

Gr. öffentl. Klempner-Versammlung
Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, in **Cohn's Festsälen**, Beuthstraße 21, I.

Tages-Ordnung: 1. Die neue Organisation der Berliner Klempnermeister und welche Stellung haben wir hierzu einzunehmen? Referent: **Otto Naether**. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.
In anbetragt der wichtigen Tagesordnung ist es wohl selbstverständlich, daß alle Mann ohne Ausnahme erscheinen.
Franz Zimmermann, Vertrauensmann, Korffstr. 3, III.
118/1
Schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomb. 1,50 M.
Künstl. Zähne 2 M. Theils. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6.

Achtung! Schlosser. Achtung!

Donnerstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexander-Strasse No. 27 c:
Große öffentliche Versammlung
der Schlosser, Maschinenbauer und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Regierungsraths-Bauverwalters **H. D. Herr Kessler** über: **Kapital und Arbeit**. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.
Kollegen, da in dieser Versammlung außer wichtige Sachen zur Verhandlung kommen, ist es Pflicht jedes einzelnen zu erscheinen. Außerdem werden diejenigen Kollegen, welche noch Listen vom vorjährigen Schlosserfreitag in Händen haben, ersucht, diese unverzüglich abzugeben.
118/1 **Paul Quast**, Vertrauensmann der Berliner Schlosser.

Allgemeine Familien-Sterbekasse zu Berlin.

Sonnabend, den 23. Januar 1897, abends 8½ Uhr:
General-Versammlung
im Lokale des Herrn **Harten**, Adrestr. 123.

Tagesordnung: 1. Halbjährlicher Kassendbericht. 2. Antrag **Habian** und **Genossen**. 3. Beschiedenes.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Eintrittsbuches gestattet.
3818b
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

J. A. **Aug. Hec**, Vorsitzender, Reute Nachstr. 41, IV.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Mitglied und Gründer des **Spar- u. Kreditvereins „Eiche“** 3813b

Hermann Weilandt

Töpfer
am Sonntag, den 10. d. M., verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. d. M., nachm. 3 Uhr, vom **Krankenhaus Friedrichshain** nach dem **Zionskirchhof** in **Weißenhof** statt.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der Tod den **Eisenbrecher Albert Richter** am Montag den 11. d. M. von seinem langjährigen Weiden erlitt hat.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. d. M. von der Leichenhalle des **S. Pauli-Kirchhofes**, Seefraß, Nachmittags um 4 Uhr statt.
Hiernit die traurige Nachricht, daß mein anvergl. Mann, der **Maurer Wilhelm Teichert** am 11. Januar, mittags 11½ Uhr, nach schwerer Weiden verstorben ist. Um stille Beileid bitte die trauernde Witwe **Minna Teichert**. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. Januar, nachm. 2 Uhr, am **Neuen Kaulen-Kirchhof** in **Brig** statt. 2823b

Wanz plötzlich verchied heute einzig geliebtes Kind 2824b

Lenchen.

Die liebste Tochter des **Hans Wälfinger** und **Frau**. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom **Neuen St. Michaeli-Kirchhof**, am **Mariendorfer Wege**, aus statt. 2827b

Ehrenklärung. 2827b
Die von mir im Lokal **Perschke**, **Davelbergstraße** Nr. 37, gegen **Frau Schreyder** ausgeprochene Beleidigung nehme ich zurück und erkläre dieselbe für eine Ehrenfrau. 3. Bräunmer.

Die von mir im Lokal Perschke, Davelbergstraße Nr. 37, gegen Frau Schreyder ausgeprochene Beleidigung nehme ich zurück und erkläre dieselbe für eine Ehrenfrau. 3. Bräunmer.

Jähne Olga Jacobsen, Juchaldenstraße 145.

Achtung, Maurer!

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 10. d. M., nachmittags 11½ Uhr, verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des **Neuen Kaulen-Kirchhofes** in **Brig**, Germaniastraße, aus statt.
Um rege Theilnehmung ersucht
Der Vorstand.

Wilhelm Teichert

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 10. d. M., nachmittags 11 Uhr, mein lieber Bruder 2822b

Rudolf Borchert

nach schwerwiegenden schweren Weiden an den Folgen eines Unfalls verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle der **Freiwilligen Gemeinde Pappel-Allée**, aus statt.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, besonders dem **Kassirer** „**Deutsche Flagge**“ und dem **Arbeiter-Kameradschaft** sagen wir für die Kränze, Blumen und rege Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters untern herzlichsten Dank. 2828b
Witwe Zamarjow nebst Kindern.

Clarven-Spitzen!

Endlich eine Pfeife, welche wirklich nikotinfrei u. durchnässbar trocken bis zum letzten Tabakrest raucht, dabei gleich von Anbeginn — ohne jedes Ausräumen — vorzüglich schmeckt — **Herzli. empfohlen.** Beschreibungen, Preisliste u. illust. Preisbestimmungen. Probe-Pfeifenpost mit **Kleinherbergs Patent-Nischenröhre** und Beilage oder **Cigarrenspitze** mit **Adenauer** 70 Pfg. postfrei gegen Entsend. von **Preismarken**. — Fertige Pfeifen in großer Auswahl. **Kleinsteubers Pfeifen-Fabrik**, Berlin S., **Wasserhorststraße 17, 1. Trepp.**



Sozialistische Presse Deutschlands.

1. Quartal 1897.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Spandauerstr. 2. S.W. 19. täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„Die Neue Zeit.“ Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furtwänglerstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Bamberg „Bamberger Volkszeitung“ Fabrikstr. 28.
Bant „Norddeutsches Volksblatt“ Neue Wilhelmshavenerstr. 38.
Bielefeld „Volksrecht“ Schulstr. 20.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung“, „Märkisches Volksblatt“, St. Annenstr. 88.
Braunschweig „Braunschw. Volksfreund“ Kammgängerstr. 19.
Bremen „Bremer Bürger-Zeitung“ Hanfenstr. 21/22.
Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Ammonstr. 61.
Düsseldorf „Niederheinische Volksstimme“ Karlsplatz 3.
Elberfeld-Warmen „Freie Presse“ Kleine Klopfbahn 10.
Erfurt „Thüringer Tribüne“ Futterstr. 7 p.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Hirschgraben 17.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Wilhelmstr. 1.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Geißstr. 21.
Hamburg „Hamburger Echo“ St. Theaterstr. 44.
Hannover „Volksmille“ Burgstr. 9.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Bismarckstr. 6.
Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ St. Agatha 8. (Auch erscheint eine Wochen-Ausgabe.)
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Mittelstr. 6/7.
Ludwigshafen „Pfälzische Post“ Oggerdeimerstr. 10.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt“ Lambertikirche 11.
Magdeburg „Volksstimme“ mit Beilagen: „Der Landbote“ und „Die Frauenpost“, Schmiedehofstr. 5/6.
Mainz „Mainzer Volkszeitung“ (Eiffische Volksstimme) Margarethenstraße 18.
Mannheim „Volksstimme“ T. 3, 4, b.
München „Münchener Post“ und „Augsburger Volkszeitung“ Senefelderstr. 4, 1.
Nordhausen „Nordhäuser Volksblatt“ Gumpertstr. 8.
Nürnberg „Fränkische Tagespost“ Weizenstr. 12.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt“ Rosmarinstraße 15.
Stettin „Volks-Vote“ Friesrich Karlstr. 28.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Furtwänglerstr. 12.
Würzburg „Unterfränkische Volksstimme“ Fabrikstr. 26.
Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.
Burgkhardt „Die Volksstimme“ Augustusstraße.
Chemnitz „Der Beobachter“ Gartenstr. 29.
Crefeld „Niederheinische Volksstimme“ Am Ostwall.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Sandstr. 88.
Dortmund „Westfälische Volksstimme“ Hagen, Selbenerstr. 8.
Lüdenscheid, Louisenstr. 7. Unna, Klosterwall 18.
Dresden „Der Volksfreund“ Bergergasse 1.
Falkenstein „Vogtländische Volkszeitung“, Anzeiger für Stadt und Land.
Frankfurt a. O. „Märkische Volksstimme“ Tuchmacherstr. 73.

- Gotha „Gothaisches Volksblatt“ Mohrenberg 7.
Greiz „Reichliche Volks-Zeitung“ Untere Silberstr. 1.
Offenburg i. B. „Volksfreund“ Kesselstraße.
Köln „Mitteldeutsche Volkszeitung“ Hopfenmarkt 19.
Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

- Aachen „Aachener Volksblatt“ Büchel 46.
Altenburg „Der Wähler“ Hilgasse 7.
Breslau „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Bahnhofstr. 23.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Culengebirge“ Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
München-Gladbach „Arbeiterstimme“ Solingen, Kaiserstr. 20.
Saalfeld „Thüringer Volksfreund“ (Thür. Waldpost) Rosmarin-gasse 15.
„Thüringer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rosmarin-gasse 15.
„Neustädter Volksblatt“ Rosmarin-gasse 15.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

- Bant „Die Nord-Wacht“ Neue Wilhelmshavenerstr. 38.
Berlin „Gazeta Robotnica“ Andrastr. 78a.
Braunschweig „Der Landbote“ Kammgängerstr. 18.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Wilhelmstr. 1.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Bakenstr. 87.
Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne“ Knochenstraße 82 p.

Wochblätter (Erscheinen alle 14 Tage.)

- München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtwänglerstr. 12.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

- Hamburg „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

1. Quartal 1897.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

- Leipzig-Neubau „Correspondent für Deutschland“ Buchdrucker und Schriftgießer“, Seeburgstr. 35.

Wöchentlich erscheinend.

- Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaaren-Industrie“ Wilhelmstr. 2, partiere.
Berlin „Die Ameise“, Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Charlottenburg, Englische Straße 27, II.
„Der Bauhandwerker“, Berlin SO., Mantuffelstr. 14.
„Bildhauer-Zeitung“, Neanderstr. 3.
„Allg. Fahr-Zeitung“, Schützenstr. 88.
„Der Gastwirthsgehilfe“, Jüdenstr. 88.
„Der Töpfer“ (Nachblatt für Töpfer und Ziegler), Rosen-thalerstraße 57.
Hochim „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Langestr. 100 I.
Burgkhardt „Der Textilarbeiter“, Marienstr. 288.
Gotha „Schuhmacher-Nachblatt“, Mohrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Zollvereins-Nieder-lage, Wilhelmstr. 8 I.
„Glad auf!“ (für Former) Hamburg-Eilbek, Konventstr. 5.

- „Der Grundstein“ (für Maurer) St. Georg, Neue Brennerstr. 19 II.
„Holzarbeiter-Zeitung“, Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.
„Bruder Schmied“, Uhlenhorst, Herderstr. 21, S. 8 II.
„Fachzeitung für Schneider“, 2. Durchschnitt 10.
„Der Zimmerer“, Barmbeck, Fehlferr. 28 I.
Leipzig „Der Tabakarbeiter“ (f. Cigarrenarbeiter) Mittelstr. 7.
Leipzig-Neubau „Buchdrucker-Wacht“, Oststraße 41.
Leipzig-Schwendig „Graphische Presse“, Schwendig.
Linden-Pannover „Bauer-Zeitung“, Falkenstr. 29 II.
Lößtau-Dresden „Der Fachgenosse“ (für Glas-, Porzellan- und Thonwaaren-Arbeiter), Keilwerferstr. 34.
Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, Weizenstr. 12.
Offenbach a. M. „Die Glaser-Zeitung“.
Stuttgart „Buchbinder-Zeitung“, Heusteigstr. 80.
„Der Handschuhmacher“, Böblingerstr. 44.
Zwickau „Glad auf!“ (für Bergarbeiter), Neupfer Schneeburgerstraße 60.

Alle 14 Tage erscheinend.

- Altenburg „Einigkeit“, Publikationsorgan für die deutschen Müller und Konditoren, Pöffer- und Sebkücher-Verbände, Mauergasse 4b.
Berlin „Barbier- und Friseur-Zeitung“, Pringens-Allee 17.
„Der Handels-Angestellte“, N. Schönhauser Allee 151.
„Der Handels-Hilfsarbeiter“, Organ für alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands, O., Kommandantenstraße 25 I.
„Lederarbeiter-Zeitung“, N., Pringens Allee 90.
„Sattler- u. Tapeziers-Zeitung“, N., Invalidenstr. 145.
„Allg. Steinseher-Zeitung“, NW., Waldenferstr. 18.
„Solidarität“, Organ aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Chausseestr. 52.
„Berliner-Anzeiger für Maler“, O., Fruchtstr. 51.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Dachdecker-Zeitung“, Buch-gasse 10.
Hamburg „Der Arbeiter“ (für Bau- und Hilfsarbeiter) Eilbek, Konventstr. 5.
„Deutsche Bäcker-Zeitung“, Organ des Bäckerverbandes, Jva-kraße 15/17.
„Der Goldarbeiter“, Bartelsstr. 98 I.
„Der Schiffszimmerer“, Eilbek, Konventstr. 5.
„Korrespondenzblatt“ des Zentralvereins der Gärtner, Markt-straße 10, S. 1 p.
„Der Kupferschmied“, Eilbek, Kantstr. 24, III.
„Tapeziers-Zeitung“, N., Nollendorfstr. 1, III.
Hannover „Der Proletarier“ (für Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen) Burgstr. 1.
Leipzig „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure“, Gaim-strasse 19, IV.
Stuttgart „Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Furtwänglerstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

- Berlin „Correspondenz-Blatt des Verbandes der im Bergoldgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“, Oppelnerstr. 43, v. IV.
„Der Bureau-Angestellte“, N., Kronprinz 3, II.
„Die Gewerkschaft“, Organ für die Interessen der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen städtischen Betrieben, Stalhoferstraße 141a, IV.

Obige Zusammenstellung veröffentlichen wir zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Abrech- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns bejähig Vormerkung mittheilen zu wollen.

Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4. Der geschäftsführende Ausschuss.

Unterm neuesten Kurs.

- 1. Stettin. Genosse Hennig 100 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Kleinrörs.
2. Altona. Der Steinbrügger Harm aus Wandstedt wegen Bedrohung eines Streikbrechers 1 Monat Gefängniß.
3. Halle. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Lehmann 6 Wochen Haft.
4. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Ade 3 Monate Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung.
5. Halle. Genosse Karl Brandt wegen Verübung groben Unfugs in zwei Fällen 12 Wochen Haft.
6. Dresden. 6 Wochen Gefängniß wegen Beleidigung eines Hauptmannes und 200 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Polizeibeamten Genosse Gerhard.
7. Kassel. Wegen Bürgermeisterei-Beleidigung Genosse Garbe 10 und Genosse Trude 3 M. Geldstrafe.
8. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Gehr. Dessau 2 Wochen Gefängniß wegen Vergehens gegen § 153 des Str.-G.-B.
9. Hamburg. Genosse Stenzel wegen Beamtenbeleidigung 1 Monat Gefängniß.
10. Berlin. In der Berufungsinstanz Genosse Hargeshelmer, Friedrichshagen, 4 Wochen Gefängniß wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung.
11. Frankfurt a. O. In gleicher Instanz Genosse Schöpplin wegen Beleidigung eines Schuhmachers 20 Mark Geldstrafe.
12. Erfurt. 50 M. Geldstrafe Genosse Coors wegen Verübung groben Unfugs.
13. Magdeburg. Wegen des gleichen Reats Genosse Rothe 20 M. Geldstrafe. — Neun Monate Gefängniß Genosse John wegen Majestätsbeleidigung.
14. Aachen. Genosse Krewinkel wegen Beleidigung von Polizeibeamten 50 M. Geldstrafe.
15. Erfurt. Ein Monat Gefängniß Genosse Viertelarz wegen Offiziersbeleidigung.
16. Halle. In der Berufungsinstanz Genosse Mannigel wegen Beleidigung eines Bergarbeiters 6 Wochen Gefängniß.
17. Lübeck. Ein freitender Metallarbeiter 6 Monate Gefängniß wegen Mithigung.
18. Altona. Wegen des gleichen Vergehens ein Maurer, der in Fortschleibe die Arbeit niedergelegt hatte, 1 Jahr Gefängniß. Antrag: 2 Jahre.
19. Wistler. Sechs Vorstandsmitglieder des Arbeiter-Bildungs-Vereins je 15 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
20. Göttingen. Je 13 M. Geldstrafe die Genossen Weims-Goslar und Bedemeyer, und Benusemann. Göttingen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes.
21. Chemnitz. In der Berufungsinstanz Genosse Fröhlich-Burgkhardt 3 Monate Gefängniß und 100 M. Geldstrafe wegen Rükterbeleidigung. — Derselbe wegen Verübung groben Unfugs 50 M. Geldstrafe.
22. Lüneburg. Genosse Stenzel: Hamburg wegen Beleidigung des Polizeidirektors 50 M. Geldstrafe.
23. München. Wegen Beleidigung eines Töpfermeisters Genosse Schmidt 10 M. Geldstrafe.
24. Düsseldorf. 14 Tage Gefängniß Genosse Wessel wegen Verurtheilung von Streikbrechern.

- 14. Leipzig. Wegen Gotteslästerung Genosse Steiger vier Monate und 2 Wochen und Schriftsteller Salomon vier Monate Gefängniß.
15. Erfurt. In der Berufungsinstanz Genosse Coors wegen Verübung groben Unfugs in 2 Fällen 60 bzw. 50 M. Geldstrafe.
16. Stuttgart. Genosse Hildebrandt wegen Beleidigung des Inhabers eines Korrespondenzbureaus 200 M. Geldstrafe.
17. Halle. Akt Seher der Genossenschaftsdruckerei je 20 M. Geldstrafe wegen Jeugnißverweigerung.
18. Leipzig. Die Genossen Hertwig und Bahrdt, Pagan, 7 bzw. 5 Tage Haft wegen Tragens republikanischer Abzeichen.
19. Frankfurt a. O. Wegen Beleidigung eines Arztes Genosse Schwöpplin 100 M. Geldstrafe.
20. Potsdam. Wegen des gleichen Reats Genosse Duth-Braunenburg 8 Tage Gefängniß.
21. München. Sechs Wochen Haft Genosse Fuchs wegen Verübung groben Unfugs. Antrag: 150 M. Geldstrafe.
22. Berlin. Genosse Rüdiger wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zwei Wochen Gefängniß.
23. Stade. 50 M. Geldstrafe Genosse Martens, Harburg wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
24. Düsseldorf. Wegen Beleidigung von Polizeibeamten Genosse Wessel 300 M. Geldstrafe.
25. Göttingen. Genosse Erfurt, früher in Lauterberg, fünf Wochen Gefängniß wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. — Wegen Rükter- und Gendarmenbeleidigung Genosse Weims, Goslar 3 Monate, Genosse Erfurt zwei Monate und Genosse Riedmann-Göttingen 50 Mark Geldstrafe.
26. Saalfeld. Wegen Verächtlichmachung von Einrichtungen der christlichen Kirche Genosse Tärke einen Monat Gefängniß.
27. Erfurt. Die Genossen Erdmann und Galdenzopf je 20 M. Geldstrafe wegen unerlaubten Verbreitens von Flugblättern.
28. Leipzig. 150 M. Geldstrafe Genosse Südekum wegen Vergehens gegen das Pressegesetz.
29. Jechow. Drei Monate Gefängniß Genosse Roche wegen Majestätsbeleidigung.
30. Altona. Der Schlosser Peter wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt z. 1 Jahr und 3 Monate Gefängniß.
31. Hamburg. Ein Heizer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und § 240 des Str.-G.-B. 4 Monate Gefängniß.
32. Erfurt. In der Berufungsinstanz Genosse Fahrkam wegen Uebertretung der Begräbnisordnung 15 M. Geldstrafe.
33. Dresden. Wegen Tragens republikanischer Abzeichen ein Töpfer 30 M. Geldstrafe.
34. Hamburg. Wegen Beleidigung eines Plakats ein Streikender 20 M. Geldstrafe. Der Verurtheilte hat eine fast fünf-wöchentliche Untersuchungshaft erduldet.
35. Harburg. Genosse Kaufmann wegen Beleidigung eines Polizeibeamten 100 M. Geldstrafe.
36. Stralau. Drei Mark Geldstrafe Genosse Seih wegen Uebertretung einer Verordnung bezüglich der Feier des Todten-sonntags.
37. Berlin. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung der Maschinenmeister Weber 3 Tage Gefängniß.

- 31. Göttingen. Sechs am Lauterberger Streik theilhaft Gewesene wegen gemeinschaftlicher vorsätzlicher Körperverletzung je sechs Monate und wegen des gleichen Vergehens sechs je drei Monate Gefängniß. — Endlich einer wegen Bedrohung zwei Wochen Gefängniß.
Insgesammt wurde erkannt am 1816 M. Geld- und 11 Jahre 4 Wochen und 2 Tage Gefängnißstrafe.
Der geschäftsführende Ausschuss.
Hamburg-Eimsbüttel, den 7. Januar 1897.
Eichenstr. 4, 1.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (wozu Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.
Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7-8 Uhr statt.
Gh. Wis. Eignet sich für unser Blatt nicht.
Jülich 19. Ist und leider nicht bekannt. Vor Jahren wurde der Stoff in der „Gartenlaube“ behandelt. Der Abhandlung waren auch Zeichnungen beigegeben.
H. G. B. 3. Ein Testament muß im Gebiet des allgemeinen Pandrecht unterworfen und bei Gericht niedergelegt sein, um gültig zu sein. Dasselbe gilt für ein wechselseitiges Testament. Für ein solches ist etwa folgende Form zu empfehlen: „Wir (Namen der Eheleute) legen uns einander gegenseitig und unsere Kinder (Namen), sowie diejenigen Kinder, die uns etwa noch geboren werden, mit der Aufgabe ein, daß der Ueberlebende von uns die von aller Aufsicht und Rechnungslegung befreite Verwaltung unseres beiderseitigen Vermögens bis zu seinem Tode behält und berechtigt ist, unter Verbands aller die Erbansprüche zu verfügen. Was nach dem Tode des Ueberlebenden übrig bleibt, theilen die anderen Erben nach der gesetzlichen Erbfolge. Für den Fall einer Wiederverheirathung des Ueberlebenden hat Auseinander-Setzung nach der gesetzlichen Erbfolge zu erfolgen.“ Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. Die Kosten für protokol-larische Testamentsaufnahmen sind doppelt so hoch wie die für die Annahme eines offen oder verheimlicht übergebenen Testaments. Die Kosten für die Annahme von Testamenten betragen: bei einem Objekt von 2-300 M. 2,40 M., von 300-450 M. 3.-, von 450-650 M. 3,60, von 650 bis 900: 4,20, von 900-1200: 5.-, 1200-1600: 6.-, 1600-2100: 7.-, 2100 bis 2700: 8.-, 2700-3400: 9.-, 3400-4300: 10.-, 4300-5400: 11.-, 5400-6700: 12.-, 6700-8200: 13.-, 8200-10000: 14.-, 10000-12000: 15.-, 12000-14000: 16.- M. und so steigen bis 30000 M. bei je 2000 M. mehr Objekt die Kosten um je 1 M., so daß also bei Objekten von 28-30000 M. die Kosten 24 M. betragen. Es betragen bei Objekten von 30-25000 M. die Kosten 26 M., bei Objekten von 35-40000 M. 28 M. Von da ab steigt es in der Kostentabelle bei den Objekten um je 10000 Mark, bei den Kosten um je 2 M., so daß also bei Objekten von 60-100000 Mark die Ge-bühren 40 M. betragen. Von da ab steigen die Werthschranken um je 10000 M. die Gebühren um je 1 M., so daß also z. B. die Testamentsauf-nahme bei Werten von 199000-2 Millionen Mark 230 M. kostet. Die Kosten sind also wie durchweg in Gerichtsständen bei niederen Objekten pro-sentual außerordentlich viel höher als bei hohen Werten. Wechselweise Testamente gelten als zwei Testamente. Der Fiskus erhebt ferner ein Fünftel der angegebenen Sätze für die Aufrechterhaltung der Testamente. Für die Vernehmung und Ausfertigung einer letztwilligen Verfügung wird so viel wie für die Annahme erhoben. Für die Zurücknahme eines Testaments ist, falls denn zugleich ein anderes Testament überreicht wird, nichts, sonst die Hälfte der oben genannten Gebühren zu zahlen. — R. N. 16. Heim, G. P. 11. Januar. — R. W. 67. Ist auch dann verboten. — Verneine, Lohn- und Abschlagszahlungen an gewerbliche Arbeiter in Anzeilen ist nach § 116a Gew.-Ordng. unzulässig, falls nicht die Polizeibehörde — was ist nur in besonderen Fällen thun darf — dies gestattet. Selbige Sie den Ver-treffenden an, sie bekommt er Geldstrafe bis 150 M. oder Haft bis 4 Wochen. — Joh. Beide Sachen verdrängen nicht, da sie beide anhängig sind, falls der Richter Schritte gegen den Thäter von 6 zu 6 Jahren wiederholt. —

Die den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 13. Januar.
Opernhaus. Penelope Gellini.
Schauspielhaus. Die Journauffisten.
Deutsches. Die verurtheilte Gode.
Berliner. Kaiser Heinrich.
König. Der was 69.
Westen. Der Mitternacht.
Neues. Parallele.
Reichen. Der Frauenräuber.
Thalia. Frau Leutenant.
Zentral. Eine wilde Sache.
Schiller. Der Millionenbauer.
Ostend. Schwerenöther.
Belle-Alliance. Adam und Eva.
Volks. Robert und Bertram.
Friedrich-Wilhelmstr. Das Bild des Kaisers.
Alexanderplatz. Sein Verhältnis.
Unter den Linden. Der Schmetterling.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Parodie. Die Kreuzfahrer oder Emma von Falkenstein.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 17. Januar:
1. Gastspiel von Jenny Marba
(Theater der Modernen).
Zum 1. Male: „Gäubiger.“
Tragödie in 1 Akt von Birnberg.
Thalia: Jenny Marba; Alfred:
Rich. Burgas; Gustav: H. Jaffe.
Dann: „Die Unerblichen.“
Schauspiel in 3 Akten von Robert.
Karl Koppert; Julius Türk; Giti:
Jenny Marba; Orlando: Hans
Wanusch; Sidmond: Wilh. Raff.
Eintrittspreise à 60 Pf. sind in
den bekannten Jahrbüchern zu haben.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der
Millionenbauer.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der
Schierling. Die Komödie der
Irrungen.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.
Mittwoch, den 13. Januar 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 114. Male:
Eine wilde Sache.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.
Mittwoch, den 13. Januar 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 114. Male:
Eine wilde Sache.
Anfang 7/8 Uhr.
Donnerstag, den 14. Januar 1897:
Venezia für Alma Seemann.
Zum 115. Male:
Eine wilde Sache.
Sonabend, 16. Januar 1897, zum
203. Male: Neu insubiert: „Eine
tolle Nacht.“

Friedrich Wilhelmstr. Theater.
Mittwoch: Zum letzten Male: Das
Bild des Kaisers.
Drama in 5 Akten von G. Driesmann.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Vor Sonnenauf-
gang. Soziales Drama in 5 Akten
von Gerhart Hauptmann.
Freitag: Kein Schling. Volks-
schauspiel in 4 Akten mit freier Be-
nutzung der gleichnamigen Dichtung
von Fritz Reuter von Hermann
Jahnte und W. Schirmer.
Sonabend, nachm. 4 Uhr: Die
Puppenfee. Fabelmärchen mit Ges-
ang und Tanz in 6 Bildern von
Georg Zimmermann.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Klaffter-
Kochschüssel. Kabale und Liebe.
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.
Billets ohne Vorbehaltgebühr an der
Theaterkasse, außerdem im Invaliden-
band, Unter den Linden 24, bei Paul
Kometz, Leipzigerstr. 6, und Julius
Lengensfeld, Parkprojektorstr. 50.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Grunz-Theater).
„Frau Leutenant.“
Soubrette in drei Akten von Paul
Herzler und Anton W. Mars.
Deutsch von Hermann Fischer.
Musik von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau
Leutenant.“

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weis.
4. Gastspiel von Josephine Dora
vom Adolph Grunz-Theater.
Zum 17. Male: „Schwerenöther.“
Pötte mit Gesang in 4 Akten von
Doktor Klein. Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz-Theater.
Denke und die folgenden Tage:
Vittante Kowitz! Sein Verhältnis.
Eitenbild aus dem Berliner Leben
in 4 Akten von Karl Vogler. Anfang
8 Uhr. (Bens, auch die zu anderen
Stücken ausgegebenen, behalten ihre
Gültigkeit).
Nächsten Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Zum ersten Male: Die Puppenfee.
Fabelmärchen mit Gesang und Tanz
in 6 Bildern von Georg Zimmermann.
In Vorbereitung: Der indische
Cactus. Schwan in 4 Akten von
H. v. Gordon.
Billets sind schon 3 Tage vorher ohne
Vorbehaltgebühr an der Theaterkasse
zu haben.

Volks-Theater
34 Reichensbergerstr. 34
nahe dem Kottbuser Thor.
Weihnachtsfest-
Dekoration
sämtlicher Säle.
Robert und Bertram
Große Gesangsreihe in 4 Akten
von G. Häber.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Montag 8 Uhr.
Entree 50 Pf. bis 4 Mk.

Parodie-Theater
Oranienstr. 52.
Gastspiel der reisenden Schau-
spielgesellschaft des Direktors Joh.
Lumpke aus Döberitz bei Benzin in
Wohmen: Die Kreuzfahrer oder
Emma von Falkenstein. Großes
romantisches Sitten-schauspiel. Anfang
8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Entree 75 Pf. bis 3 Mk. NB. Ver-
ehrungswürdige: Da dieses Stück
sich überall des besten Erfolgs er-
freute, so glaube ich in der Wahl des-
selben auch hier keinen Fehler ge-
than zu haben. Eineinhalb-jährigen
Belude entgegengehend Hochachtungsvoll
Johann Lumpke, Direktor.

Schippanowsky's
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neu! Neu! Neu!
!! Im Frühlingsglanz !!
Populäre Konzerte:
Im Hildebrand.
In der Rosenlaube,
Im Obgarten,
In der Goyenlaube,
Im Weinberg.
Entrée frei! Entrée frei!
Theater-Abtheilung:
Kunstreden von Humornen, Komikern u.
Hauswirths Lächlerlein.
Vofe.
Ausschank der Berliner
Bock-Bräuerei.

Lexika
v. Meuser u. Brodhaus
und andere Bücher jeder
Art. Wissenschaft lant
1303 Antiquariat Kochstr. 56. I.

Urania, Tanben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Javalidenstr. 57/52
Vehrer Stadtbahn-
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater-Saale täglich
8 Uhr abends Vortrage, mit Experi-
menten u. gr. Lichtbildern ausgeführt.
Näheres die Tagesankündigungen.

Passage-Panopticum.
Letzte
Woche:
Traum-
bilder.
Ferie in 13 Bildern
mit Musik und
Gesang.

Castan's
Panopticum.
Neu! Die wunderbaren
indischen
Neu! Pygmäen.
Neu! Ur-Australier
(Kannibalen).

Alcazar
Variété und Spezialitäten-
Theater I. Rang.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Minuten. 42/43.
Sommerhäuser Familien-Anstalt.
Neu! Der Ghrenpotal Neu!
oder: Die Deposition.
Pötte in 1 Akt von G. Kläger.
Brothers Wiston, großartiges Luft-
Potpourri. Herrn. Wehling, Lang-
komiker. Lotte Zieger, Bravour-
Altistin mit 50 dreifachen Notizen. Max
Alfredo Rex, Salon-Humorist.
Eugen Hoff, unübertreffl. Charakter-
Darsteller u. a. m.
Wochentags 8 Uhr.
Anfang: Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. R. Winkler.

Moabiter Stadt-Theater
Alt-Moabit 48.
Heute
sowie jeden Mittwoch:
Stettiner Sänger

(Meyfel, Pietro,
Britton, Seidl,
Krone, Röhl und
Schradler).

Anfang präg. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntags 40 Pf. (siehe Plakate).
„Emma, mein Maus-
schwänzchen!“ Neueste Burleske.
Donnerstag:
Konzerthaus Sandfouci.
Freitag:
Victoria-Bräuerei.

Theilzahlung. Monatlich
10 Mk.
Bessere reelle Derrengarderobe nach
Raaf. Tomporowski, Schneider-
meister, Jadenstr. 37 I. 18778

Circus Renz
Karlsruhe.
(Jubiläum-Zirkon 1896/97.)
Mittwoch, den 13. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Außerordentl. Vorstellung.
Kolossaler Erfolg.
Tuffige Blätter!

Neue Einlage.
Verstärkte Arrangements.
Auchdem: Bagdad, arab. Roll-
schimmelbengal, 6 Trakeher Rapp-
hengste, dreifert und vorgeführt vom
Direktor Hr. Renz.
Die doppelte hohe Schule, ge-
ritten von Hr. Wally Renz und
Hr. Robert Renz. Auftreten des
Schulreiters Hr. Waberel mit seinem
großartig dreiferten Fuchsbengal Al-
beral. Das phänomenale huma-
nische Rechengehirn Hr. Jnudi
(als Galt). - Morgen:
Tuffige Blätter!

Circus Buseh.
Bahnhof Börse.
Mittwoch, den 13. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung
Nach Sibirien.

Dies grandiose geniale Schauspiel
des Circus Buseh bildet jetzt
das Tagesgespräch von Berlin.
Bracht, phänomenale equestre
Leistungen; wehrhafte Aufeinander-
spottend. Unerreicht. Jeder Beschreibung
spottend. Die russische Ober-
meiste in Moskau. Hr. russ. Original-
Sänger-Korps. Der grandiose weiße
Akt auf der Reva. Die unheimliche
Verfolgung durch Wölfe. Die Todes-
fahrt mit dem russ. Dreigespann
zur hohen Bühne hinauf; eine
noch nie gewagte Leistung.
Auchdem: Elektr. Quadrille,
ger. u. 6 Damen u. 6 Herren. 4 Fuch-
hengste als Thurnspringer, drei u.
vorgef. v. Dir. Busch. Auftreten des
Schulreiters Herrn Salomonoff.
Schwim. Teite, unübertreffl. Traht-
schlänkelkünstler. Pierris's Ideen-
reue, feurige Scene der Pierris-
Troupe. Austr. der neu engagierten
Kunstkräfte I. Rang. Vortreffliche
Clown.
Morgen: Nach Sibirien.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gläd.
Miss Emeline Elhardo.
The Kellinos.
Das Sensationsbild:
Endlich allein!
La belle Devernois
ferner 30 Künstler I. Rang.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Zeem-Balast. Burg-
str. 22.
Direktion Winkler & Fröbel.
Das durchweg neue
urkomische Karnevals-
Niefen-Programm.
Noch nie dagewesen
Sensations- 25 Nummern.
Nur noch kurze Zeit:
Die drei Wunder
Billy, Elhan, Frieda
auf dem Doppelbrauseil.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf.

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: Joseph Häßinger
und Leonhard Hasel.
Sein Portrait.
Schwan von U. Hasel.
Des Löwen Erwachen.
Opérette von Brandt.
Der Lumpenball.
Burleske von W. Dann u. U. Hasel.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Loh-Tannin-Bad
nur Chanzeer. 35.
Bäder für Krankenkassen.
Probabad 1 Mark.
F. Pettersson.

Größte Theater- und
Masken-Garderobe.
Kostüme von 1 Mark an.
Bei Abnahme von 30-40 Kostümen
Ausführung gratis.
Oranienstr. 165a, Ecke Oranien-
platz.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit
gereinigtem neu u. febern bei
Gutten Vuffig, Berlin S., P. 100
Marke 48. Größte Auswahl. Viele
Anerkennungs-schreiben.

Ein Schaufgeschäft mit Vereing.
bis 60 Pfd. fahend, in frankreich-
halber preiswerth zu verkaufen. Näh.
Oranienstr. 8 im Eigarengeschäft.

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schwamm „Schwan“)
hat sich besser bewährt, wie jedes andere Waschmittel. - Dasselbe
ist von jeder praktischen Hausfrau als das beste, billigste und
bequemste Waschmittel längst anerkannt worden.
Man erspart bei seiner Anwendung viel Mühe, Zeit und
Geld und schont die Gewebe dabei mehr, als bei jeder anderen
Waschmethode.
Jeder Versuch überzeugt!
In haben in den meisten Seifen-, Drogen- und
Kolonialwaaren-Handlungen.

Für Wiederverkäufer.
Roth-, Zwiebel- u. Mettwurst, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 45 Pf.
f. Leber-, Schlackwurst u. Salami, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 75 Pf.
Rohschneideschinken, 8-15 Pfd. à Pfd. 80 Pf.
Schinken in Brotteig gebacken, 5-6 Pfd. schwerer à Pfd. 65 Pf.
J. A. Partenhelmer, Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 10a

Rheumatismus, Gicht, Gallen-
und Blasensteine beseitigt
radikal und sicher P. Monhaupt's allseitig, an Erfolgen reiche
Citronensaftkur
Was verlangt die Natur mit Verbraucherspflicht und Ansehen
umfunkt und vollfrei. Berlin, Schönhofstr. 177 B. P. Monhaupt.
Krankenkassen-Mitglieder gewähre ich Rabatt.

Achtung! Achtung!
Englischer Garten, Strafe 27 c.
21. März, 3. u. 4. April, 1. Oster-
feierstag, 2. Osterfeierstag
Säle frei.
Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 Mk. an,
Dahlg. wöchentl. 1 Mk., wird abgeholt.
Zahneziehen, Zahnreinigen, Nervöden bei
Behandlung aussonst.
Guckel, Vanterplatz 2, Elbstr.
Str. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Unfallsachen. Klagen, Eingaben,
Patager, Sieglingerstr. 65.
Betteln, Anzüge, Hosen, Regat, Hem-
den, Wäsche, Goldw., Granatband
Hofstr. **Handliche Reanderstr. 6.**
zu 2 Stunden sofort u. pr. 1. April
1897 bei **Häber**, Gesellschaftsbau,
Swinemünderstr. 42, alte Nummer 55.
Freundl. Vogt (allein) mit Abend-
essen à 1. Febr. gel. Udr.: Helms.
„Der alten Kinder“, Kottbuser Thor.
Eine freundl. reini. Schlaftische an
amf. Raum Vorkortstr. 18, 3 Tt. bei
W. Müller. 28286
Wohl. Schlafstelle a. 1.05 2.00 u. verm.
W. Gohndt, Bahnamstr. 35, u. 4 T.

Arbeitsmarkt.
Silberpolirerinnen
werden gesucht Sedastianstr. 84.
Tücht. Goldschmiedhelfer
verlangt Gellwig, Antikamerstr. 40.
Wassfeld auf Knabenanzüge
verlangt Stein, Waldstr. 22.

Männer-Vortrag!
Heute, Mittwoch, 8 1/2 Uhr, Oranienstr. 188:
Praktischer Naturvortrag von u. d. m. n. über:
Männliche und weibliche Geschlechtskrankheiten
mit Berücksichtigung von zahlreichen Präparaten, selbige
zeigen zugleich: Das menschliche Leben vor
der Geburt. Eintritt 10 Pf.

Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schwamm „Schwan“)
hat sich besser bewährt, wie jedes andere Waschmittel. - Dasselbe
ist von jeder praktischen Hausfrau als das beste, billigste und
bequemste Waschmittel längst anerkannt worden.
Man erspart bei seiner Anwendung viel Mühe, Zeit und
Geld und schont die Gewebe dabei mehr, als bei jeder anderen
Waschmethode.
Jeder Versuch überzeugt!
In haben in den meisten Seifen-, Drogen- und
Kolonialwaaren-Handlungen.

Für Wiederverkäufer.
Roth-, Zwiebel- u. Mettwurst, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 45 Pf.
f. Leber-, Schlackwurst u. Salami, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 75 Pf.
Rohschneideschinken, 8-15 Pfd. à Pfd. 80 Pf.
Schinken in Brotteig gebacken, 5-6 Pfd. schwerer à Pfd. 65 Pf.
J. A. Partenhelmer, Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 10a

Rheumatismus, Gicht, Gallen-
und Blasensteine beseitigt
radikal und sicher P. Monhaupt's allseitig, an Erfolgen reiche
Citronensaftkur
Was verlangt die Natur mit Verbraucherspflicht und Ansehen
umfunkt und vollfrei. Berlin, Schönhofstr. 177 B. P. Monhaupt.
Krankenkassen-Mitglieder gewähre ich Rabatt.

Warenhaus
A. Wertheim
Nur für 3
Tage gültig
Ausnahme-Preise
Mittwoch Donnerstag Freitag
den 13. 14. 15. Januar.
W., Leipzigerstr. 111. C., Rosenthalerstr. 27-29. S., Oranienstr. 53/54.
Versand v. Proben u. Preislisten Leipzigerstr. 111.
Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Gading in Berlin.

Hemdentuche Meter 35 u. 40 Pf. **Renforcés** 35 u. 42 Pf.
Gestreifte Satins für Kopfkissen- 50 Pf., für Bettbezüge 80 Pf.
Bezüge Meter
Laken-Dowlas, Bettbreite Meter 75 Pf.
Laken-Halbleinen, Bettbreite Meter 80 u. 95 Pf.
Körper-Inletts glatt rot, und gestreift, für Kopfkissen 63 u. 80 Pf. Bettbreite 1 u. 1,20 Mk.
Stickereien und Languetten,
Stück 4 bis 4 1/2 Meter, das Stück 25 Pf. bis 2 Mk.
Küchenhandtuchstoffe, grau, 20 u. 28 Pf., weiss mit 28 Pf.
Meter, bunter Kante
Weisse Handtuchstoffe, Meter 38 u. 45 Pf.
Wischtücher, Duz. 2,40 Mk.
Stubenhandtücher, Gr. ca. 50/110 Ctm. Duz. 3,70 Gr. ca. 50/125 Ctm. Duz. 6 Mk.
Kaffeedecken, buntgestreift, 1,75 Mk.